

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Cepadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abtätigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Größenpreis für beide Zeilen 1/2 Berlin.

Berlin, den 10. Mai 1930

Frick pfeift auf die Verfassung.

Und was tut Herr Wirth?

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

SPP. Die Wirkung der schwächlichen Haltung des Reichsinnenministers Dr. Wirth gegenüber dem Putschisten Frick in Thüringen macht sich immer stärker bemerkbar. Nachdem Herr Frick durch Herrn Dr. Wirth die Reichszuschüsse für die Polizei wieder erhalten hat und nachdem Herr Dr. Wirth sich mit einigen nichtsagenden Erklärungen des thüringischen Staatsministeriums zufrieden gegeben hat, scheint Herr Frick zu der Überzeugung gelangt zu sein, dass ihm nichts mehr geschehen kann, und dass er in Thüringen um sich schlagen kann, ohne dass ihm jemand in den Arm fällt. Er rechnet damit, dass seine Koalitionsgenossen in Thüringen, Landbund und Deutsche Volkspartei, ihm unbedingt dienstbar sind und nach allem, was vorgefallen ist, von ihm nicht mehr los können. Auch das Reich und das Verfassungsministerium des Reiches hält Herr Frick nicht mehr für gefährlich. Kurzum, er benimmt sich wie jemand, der von sich sagen kann: ich darf alles!

Jede Zurückhaltung ist aufgegeben. Herr Frick wird immer deutlicher. Von Verfassungsmässigkeit ist bei seinen Reden und Taten längst keine Spur mehr. Nachdem er aber einmal erkannt hat, dass er unter der Regierung Brüning ungestraft den Boden der Verfassung verlassen kann, wagt er sich immer weiter vor. Er hat in Gotha eine Wahlrede gehalten, die sich würdig jener Rede zur Seite stellt, die seinerzeit den letzten Anstoss zu den Massnahmen des Reichsminister Severing gegen Thüringen gegeben hat. Diese Rede von Gotha ist gegenüber der Reichsregierung und vor allem gegenüber dem Reichswehrminister noch provozierender und beleidigender als die Rede gegen Severing. Herr Frick erklärt rund heraus, dass er auf Berlin, das heisst auf die Reichsregierung, das Reichsinnenministerium und das Reichswehrministerium, das sich gegen nationalsozialistische Zersetzungsversuche in der Reichswehr wendet, pfeift.

Die Einführung der Schulgebete, die in Wahrheit chauvinistische Hassgesänge und innerpolitische Verhetzung darstellen, ist schlechterdings nicht vereinbar mit der Reichsverfassung. Herr Frick sucht keineswegs den Charakter dieser Schulgebete zu vertuschen. Er sagt rund und offen heraus, dass er mit diesen Schulgebeten die Kriegshetze nach aussen und die antisemitische Hetze nach innen fördern will. Das Reichsinnenministerium hat sich dieser Aktion des Herrn Frick gegenüber bisher völlig tot gestellt. Es duldet, dass Herr Frick auf die Verfassung pfeift.

Bei solcher Sachlage sieht Herr Frick die Möglichkeit, noch weiter vorzustoßen. Er hat ein kaudinisches Joch errichtet, unter das er seine Koalitionsgenossen in Thüringen zwingen will. Es ist nicht mehr so, wie unter der Regierung Severing, dass Landbund und Deutsche Volkspartei von Herrn Frick Wohlverhalten fordern könnten und tatsächlich forderten. Herr Frick mit seinen Freunden hat den Spiess umgedreht; jetzt ist er es, der Bedingungen für seine und seiner Freunde weitere Mitarbeit in der thüringischen Regierungskoalition

aufstellt. Diese Bedingungen sind derart, dass den Koalitionsfreunden des Herrn Frick nach ihrer Annahme nur noch übrig bleiben würde, ihre Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Partei anzumelden.

Zwei dieser Bedingungen sind eine offenkundige Provokation des Reiches. Herr Frick verlangt von den Koalitionsparteien, dass die von ihm vorzuschlagenden Persönlichkeiten für die Besetzung der künftigen Polizeidirektorenstellen anerkannt werden müssen, und dass die in der Koalition befindlichen Parteien anerkennen sollen, dass Nationalsozialisten, die sich um Staats- und Beamtenstellen bewerben, genau dasselbe Recht haben, wie jeder andere Deutsche.

Herr Frick hat bereits öffentlich mitgeteilt, dass er die Polizeidirektorenstellen der verstaatlichten thüringer Polizei Nationalsozialisten zu übergeben gedenkt. Er hat zum Beispiel für Gera den ehemaligen Staatsanwaltschaftsrat Floel, bekannt aus dem Friedersprozess, in Aussicht genommen. Herr Floel ist vor einiger Zeit der Partei des Herrn Frick beigetreten. Herr Frick will also die thüringer Polizei zu einem Parteiinstrument der Nationalsozialisten gestalten. Dass es in der thüringischen Landespolizei straff organisierte nationalsozialistische Zellen gibt, die dann selbstverständlich aufs engste mit den nationalsozialistischen Polizeidirektoren zusammenarbeiten werden, ist hinreichend bekannt.

Die andere Bedingung, dass Nationalsozialisten ungehindert in Staats- und Beamtenstellungen eingestellt werden dürfen, ist im Zusammenhang mit der ersten Bedingung eine klatschende Ohrfeige für Herrn Wirth. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth hat sich zufrieden gegeben mit der Entschuldigung des thüringischen Staatsministeriums, dass keine Nationalsozialisten in die thüringische Polizei eingestellt worden seien. Diese Entschuldigung wird nun durch Herrn Frick völlig illusorisch gemacht. Herr Frick fordert von seinen Koalitionsfreunden, dass sie öffentlich erklären, dass es dem Reich gar nichts angehe, wenn er Nationalsozialisten in die Polizei oder in andere Staatsstellen einstelle.

In Preussen darf weder ein Nationalsozialist noch ein Kommunist in einer Staats- oder Kommunalstelle bestätigt werden. Die preussische Anordnung entsprach durchaus den Ansichten des früheren Reichsinnenministers Severing. Sie geht aus von der einfachen Erwägung, dass es ein Hohn auf die Verfassung wäre, wenn ausgesprochenen Putschisten und Verfassungsfeinden die Machtmittel des Staates in die Hand gegeben werden würden. Diese selbstverständliche Ansicht wird gleichermassen geteilt von der Leitung der Reichswehr, die sich gegen die Zersetzung durch Nationalsozialisten zur Wehr setzt.

Was Herr Frick von den thüringischen Koalitionsparteien fordert, das ist schon nicht mehr eine Fronde, sondern eine offene Rebellion gegen das Reich und die Reichsverfassung. Wohin zu weit getriebener Langmut des Reiches gegen derartige putschistische Revolten führt, das haben die Ereignisse vom November 1923 in München nur zu deutlich gezeigt! Das Treiben des Herrn Frick in Thüringen muss über kurz oder lang zu sehr ernststen Ereignissen in Thüringen führen. Falls das Reichsinnenministerium untätig und schwachmütig weiter zusieht, wie Herr Frick auf die Verfassung pfeift, so wird es die Schuld an den Weiterungen tragen müssen!

Die Verantwortung lastet nicht allein auf dem Reichsinnenministerium. Der Schlüssel zur politischen Lage in Thüringen liegt bei der Deutschen Volkspartei. Wenn sie sich den Bedingungen der Nationalsozialisten in Thüringen unterwirft, so wird man erkennen, dass bei ihr der reaktionäre Hass gegen die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie stärker ist als die Achtung vor der Reichsverfassung.

Es ist ein unwürdiger Zustand, dass Herr Frick ungehindert weiter provozieren darf. Man sollte in den Kreisen der Verantwortlichen nicht vergessen, dass es ungeheurer Selbstbeherrschung aller republikanischen Kreise bedarf, um das putschistische und verfassungsfeindliche Treiben des Herrn Frick noch länger mitanzusehen. Man sollte sich davor hüten, den Langmut und die Disziplin der Republikaner auf eine zu harte Probe zu stellen!

-----

SPD. Kopenhagen, 10. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Abschaffung der Todesstrafe hat in Dänemark eine Gegenbewegung hervorgerufen, die mit allerlei Argumenten für die Aufrechterhaltung dieser Strafe wirbt. In die zu diesem Zweck ausgelegten Listen zeichneten sich nicht mehr als 135 000 wahlberechtigte Personen ein. Angesichts dieses geringen Prozentsatzes der Wahlberechtigten kann der Sturm gegen die Abschaffung der Todesstrafe als gescheitert gelten. Die Regierung beabsichtigt jedenfalls keine entsprechende Änderung des Strafgesetzbuches.

SPD. Das seit langem angekündigte grosse Revirement im auswärtigen Dienst ist jetzt endlich in Gang gekommen. Es steht nunmehr fest, dass der derzeitige deutsche Botschafter in Rom Freiherr von Neurath nach London geht und sein Nachfolger in Rom der bisherige Staatssekretär von Schubert wird. Schubert wieder um wird durch den Ministerialdirigenten im Auswärtigen Amt von Bülow ersetzt werden. Wie der königlich württembergische Kammerherr Freiherr von Neurath - auch ausserhalb der Hofgesellschaft - in England einschlagen wird, muss abgewartet werden. Sicher ist jedenfalls, dass Stresemann, als seine Berufung nach London schon vor Jahr und Tag einmal in Frage kam, diesem Gedanken recht abgeneigt war. Sicher ist ferner, dass Neurath selber sehr wenig Lust zeigte, seinen römischen Posten zu verlassen. Es bedurfte eines starken Drucks durch den Reichspräsidenten, um ihn dem Wechsel geneigt zu machen.

Der gegebene Mann für London wäre, wie die Dinge nun einmal liegen, zweifellos von Schubert gewesen. Aber gegen ihn ist von bestimmten Stellen aus in der letzten Zeit eine starke Agitation entfaltet worden, die darauf abzielte, ihn aus dem Staatssekretariat zu verdrängen und nicht nach London kommen zu lassen. Die Ursachen dieser Kampagne, an der sich übrigens auch gewisse Zentrumskreise beteiligt haben, und die auch in der Umgebung des Reichspräsidenten eine Stütze fand, waren nicht immer ganz klar. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, dass der bisherige Staatssekretär Tendenzen, die auf eine Abänderung des Kurses und der Methoden unserer auswärtigen Politik gerichtet sind, im Wege zu sein schien. Sein Name war zu sehr mit dem Stresemanns und der Stresemannschen Politik verknüpft, als dass er sich nicht die Gegnerschaft aller derer zugezogen hätte, die die Zeit zu einer Aussenpolitik für gekommen erachten, die sie aktiv nennen, auch wenn sie einstweilen nicht so recht wissen, worin die Aktivität bestehen und welchem Ziel sie dienen soll. Allerlei persönliche Intriguen, an denen gerade das Auswärtige Amt sehr reich ist, kamen hinzu, und nachdem man eine Weile sogar mit dem Gedanken umgegangen war, Schubert zur Disposition zu stellen, hat man ihn schliesslich nach Rom abgeschoben.

Sein Nachfolger, Herr von Bülow, wird im Auswärtigen Amt selbst als Diplomat sehr geschätzt. Aber er ist ein Diplomat alter Schule. Mit grossen juristischen Kenntnissen verbindet er die Freude an völkerrechtlichen Spitzfindigkeiten, und sein Verständnis für die neuen Wege, die die Diplomatie nach dem Kriege eingeschlagen hat, oder doch einschlagen sollte, ist keineswegs gross. Auch wird sein sehr kritisch gehaltenes Buch über den Völkerbund nicht dazu beitragen, seine Position bei den Genfer Verhandlungen zu erleichtern.

Wie man hört, hat sich Herr Curtius den Botschafter in Angora Nadolny zu einer Unterredung nach Genf bestellt, und mancherlei Anzeichen sprechen dafür, dass auch für ihn ein wichtiger Posten freigemacht werden soll. Herr Nadolny ist ein sehr strebsamer Mann, der sich seinerzeit auch stark nach dem Posten des Staatssekretärs drängte und ihn schon sicher in der Hand zu haben glaubte. Seine politische Urteilkraft steht aber leider in einem gewissen Missverhältnis zu seiner Selbsteinschätzung, und es wäre daher lebhaft zu bedauern, wenn ihm die politische Mission anvertraut würde, von der in unterrichteten Kreisen gesprochen wird. Aber auch er hat das Glück, unter Personen, die auf den

Reichspräsidenten Einfluss besitzen, gute Freunde zu haben und wir fürchten, dass Herr Curtius allzusehr geneigt ist, in seiner Personalpolitik nachgiebig zu sein und Widerständen aus dem Weg zu gehen, statt den Kampf mit ihnen aufzunehmen. Es kann sich das einmal an ihm persönlich, namentlich aber auch an der deutschen Aussenpolitik, um deren Zukunft wir nicht ohne Sorge sind, sehr fühlbar rächen.

-----  
SPD. Prag, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

In der tschechischen Hauptstadt wurde der als Schriftsteller bekannte Militärarzt Dr. Dvorak wegen Unregelmässigkeiten im Dienst verhaftet.

Dvorak soll Söhne reicher Eltern gegen hohe Summen vom Militärdienst befreit haben. Genannt werden die Söhne eines Bankdirektors, eines Barons und eines Grafen. Eine Haussuchung in der Wohnung des verhafteten Arztes soll zahlreiches belastendes Material in Form einer umfangreichen Korrespondenz zu Tage gefördert haben. Wie verlautet, stehen weitere Verhaftungen bevor.

Dvorak verkehrte in den höchsten Kreisen der Prager Gesellschaft und war erst kürzlich wegen eines seiner dramatischen Werke ausserordentlich stark gefeiert worden.

-----  
SPD. Das von der oppositionellen Brandlergruppe an die Exekutive der III. Internationale gerichtete Wiederaufnahmegesuch ist von Moskau mit Hohn zurückgewiesen worden. Insbesondere wurde das Verlangen auf Neuwahlen der Parteileitungen und der Exekutive brüsk abgelehnt, weil eine solche Forderung praktisch auf eine Auflösung der KPD. hinauslaufe. Die Moskauer Exekutive hat ihre Sektionen gleichzeitig angewiesen mit den Brandleristen nicht zu diskutieren, sondern sie "zu schlagen", da sie im Auftrage der Bourgeoisie eine sowjetfeindliche, verräterische Aktion unternommen hätten, um die III.Internationale zu misskreditieren.

-----  
SPD. Paris, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Die berüchtigten zwei Löwen von Agen sind immer noch nicht gefangen worden, trotzdem z.Zt. nicht weniger als 50 Jäger den Wald von Agen belagern. Die umliegenden Dörfer sind in weitem Umkreise von einer wahren Psychose ergriffen. Frauen und Kinder wollen überall die Löwen entweder gesehen oder wenigstens ihr Gebrüll vernommen haben. Die Löwen selbst haben sich seit einigen Tagen nicht blicken lassen. Lediglich neue Fusspuren hat man gefunden.

-----  
SPD. Buenos Aires, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Die argentinische Ausfuhr ist im ersten Vierteljahr 1930 angesichts der Wirtschaftskrise gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres um 33 % zurückgegangen. Die Einfuhr weist ebenfalls einen erheblichen Rückgang auf.

-----  
SPD. Warschau, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

In den letzten Tagen wurden an der russisch-polnischen Grenze 29 Kommunisten verhaftet, die im Auftrag der Moskauer Internationale nach Polen einzumarschieren versuchten. Die Kommunisten hatten Befehle der Moskauer Exekutive in ihrem Besitz, nach denen die polnischen Kommunisten u.a. unter allen Umständen Zusammenstösse mit der Polizei herbeiführen sollten.

SPD. Paris, 10. Mai (Eig. Drahtb.)

Der englische Aussenminister ist am Sonntagabend nach Genf weiter gereist. Seit langem schon hat kein englischer Politiker eine so warme Aufnahme in Paris gefunden wie Henderson, dem die französische Presse zum Abschied wahre Kränze flücht. Der Grund dieser plötzlichen Neuerweckung der alten Sympathie für den einstigen Alliierten ist das Bemühen der französischen Regierung, gegen die Aggressivität des faschistischen Regimes zur See und zu Lande in England, wenn nicht einen Verbündeten, so zum mindesten einen freundlichen Vermittler zu finden. In dieser Richtung scheint die Aussprache zwischen Briand und Henderson, wie aus den ziemlich einmütigen Kommentaren der Presse hervorgeht, durch aus positive Ergebnisse ergeben zu haben. Dieser günstige Eindruck geht sogar so weit, dass ein Teil der offiziellen Blätter vom "Beginn einer neuen Aera in der europäischen Aussenpolitik" spricht.

Das Ereignis kam umso gelegener, als die Rede Grandis in der italienischen Kammer die in Rom offenbar beabsichtigte Wirkung in Paris ausgeübt hat, nämlich die einer sorgsam vorbereiteten Herausforderung. Die französischen Blätter betonen übereinstimmend, dass der Faschismus noch niemals ein für das Gleichgewicht Europas derart beunruhigendes Gesicht gezeigt habe wie durch die Rede Grandis's. Neben dem auf das Flottenproblem bezüglichen Teil der Rede Grandis's, die in Paris die erwartete einmütige Ablehnung erfährt, hat insbesondere der Passus "von der notwendigen Angleichung der Friedensverträge an die geänderten Bedingungen Europas" besondere Bestürzung hervorgerufen. Die latente Frage der Revision der Friedensverträge ist ja für die konservativen französischen Politiker ein besonders empfindlicher Punkt, und die teinhörigen Franzosen haben sogleich herausgefunden, dass sich hinter den allgemeinen Wendungen Grandis über die Notwendigkeit einer "gleichen Behandlung von Siegern und Besiegten" eine sehr bestimmte Neuorientierung der italienischen Aussenpolitik verbirgt.

SPD. Das Organ der christlichen Gewerkschaften, der "Deutsche", gefällt sich in letzter Zeit in einer geradezu hysterischen Gehässigkeit gegen die Sozialdemokratie. Lüge und Verleumdung sind Trumpf des christlichen Blattes.

In seiner Sonntagabend-Ausgabe regt sich der christliche Rufer im Kampf gegen die Sozialdemokratie in der gleichen verlogenen Weise wie in den letzten Tagen darüber auf, "dass die sozialdemokratische Parteipresse in allen Tonarten die Politik des Reichskanzlers Dr. Brüning als arbeiterfeindlich hinstellt." In diesem Zusammenhang wird dann auf die in Preussen geplante Erhöhung der Grundvermögenssteuer verwiesen und der Sozialdemokratie die Schuld dafür gegeben.

"Es sei untragbar, so führt der "Deutsche aus, - dass der Hausbesitzer für seine Wohnung von der Steuererhöhung ausgeschlossen werden soll, während die in demselben Hause wohnenden Mieter die Steuererhöhung durch Erhöhung der Miete tragen müssen. Es würde, wenn diese durchaus unsoziale Methode Gesetz wird, in Berlin dazu führen, dass die armen Kleinrentner, Witwen usw., die zum Teil von der Wohlfahrtspflege betreut werden, die neue Steuerlast tragen müssten, während gut situierte Hausbesitzer, die sich ein Luxusauto halten, für ihre Wohnungen davon befreit seien."

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Das Zentrum hat sich im preussischen Landtag für eine Steigerung der Hauszinssteuer eingesetzt. Wäre es damit durchgedrungen, dann wäre der Hausbesitzer von der Steuererhöhung überhaupt verschont geblieben. Ausserdem wollte das Zentrum, dass von der um 10 % zu erhöhenden Hauszinssteuer 3 % den Hausbesitzern zugute kommen sollten. Man wollte also die Mieter für den "Hausbesitzer mit Luxusauto" bluten lassen. Aus diesem Grunde hat sich die Sozialdemokratie für die Erhöhung der Grundvermögenssteuer als das kleinere Übel entschieden, weil durch die Erhöhung der Grundvermögenssteuer auch der Hausbesitzer belastet wird.

Was das Organ der christlichen Gewerkschaften der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben versucht, war in Wirklichkeit die Absicht des Zentrums. Aber davon hat das christliche Blatt in seinem hysterischen Hass gegen die von Tag zu Tag stärker werdende Sozialdemokratie nichts gemerkt. Statt dessen verleumdet es und blamiert nicht nur sich sondern zugleich auch das Zentrum. Schöne Christen !

---

SPD. New York, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

In Sherman (Texas), wo in der Nacht zum Sonnabend vom Mob ein Gefängnis in Brand gesteckt wurde (s.Funkdienst S.P.D.), konnte erst nach dem Einsatz von Miliz die Ordnung wieder hergestellt werden. Vorher schleppte der rasende Mob die Leiche des von ihm zwecks Lynchung geforderten Negers im Triumphzug durch das Zentrum der Stadt. Unter dem Jubel der Menge wurde der Leichnam schliesslich verbrannt. Dann zog die Menge in das Negerviertel, wo 3 Strassenblocks völlig niedergebrannt wurden. 7 Neger wurden schwer verletzt. Die Miliz nahm 12 Rädelsführer fest.

---

SPD. Die Meldung, dass der Befehlshaber im Wehrkreis II kürzlich in Itzehoe ein Essen gegeben habe, zu dem er den in die Bombenleger-Affäre verwickelten Herrn Weschke eingeladen habe, wird amtlich "als in vollem Umfang unwahr" bezeichnet. Das gleiche gelte von der Behauptung, dass in dem Offizierskasino, in dem das Essen stattfand, irgend ein Kaiserbild oder eine Kaiserbüste vorhanden gewesen sei.

---

SPD. Prag, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Zusammenhang mit der Affäre des Militärarztes Dr. Dvorak wurde am Sonnabend der Major Betak des Prager Ergänzungskommandos verhaftet. Die von Dr. Dvorak eingereichte Haftbeschwerde wurde abgelehnt.

---

SPD. Am Sonnabend haben zwischen den Koalitionsparteien des preussischen Landtags abermals Besprechungen über die Deckung des Defizits im Etat 1929/30 stattgefunden. Man einigte sich auf die vom preussischen Finanzminister vorgeschlagene Verdoppelung der Grundvermögenssteuer. Die beteiligten Parteien werden nach dem 19.Mai einen entsprechenden Initiativantrag im preussischen Landtag einbringen. Für den leistungsschwachen Hausbesitz sind Milderungen vorgesehen. Unter die Milderungsbestimmungen fallen auch gewerblich benutzte Räume und unverschuldet leerstehende Wohnungen. Der Umfang der Erleichterungen soll nach Ortsklassen gestaffelt werden.

---

SPD. Kopenhagen, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

In der Nähe von Flensburg wurde an der deutsch-dänischen Grenze von einem dänischen Polizeibeamten ein Oesterreicher namens Grossmann angehalten, als er im Begriff stand, die Grenze nach Dänemark zu überschreiten. Grossmann ging auf den Beamten mit einem Dolch los. Im gleichen Augenblick sprang ihn der Hund des Beamten an und biss ihm die Kehle durch. Grossmann wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus geschafft.

---

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett stimmte am Sonnabend der Vorlage der Reichsbahnverwaltung auf Änderung des Stückgutverkehrs sowie des Expressgut- und Gepäcktartifs zu. Die beantragte Erhöhung der Wagenladungstari fe und der Zeitkarten des Personenverkehrs wurde abgelehnt. Zu der vom Reichseisenbahnrat angeregten organischen Erhöhung der Personentari fe des all- gemeinen Verkehrs wartet das Reichskabinett das Ergebnis der Prüfung durch die Reichsbahn ab.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags verabschiedete am Sonnabend den Etat des Justizministeriums ohne Änderung.

In der voraufgegangenen Debatte sprachen sich die sozialdemokratischen Red ner gegen eine Generalamnestie aus. - Abg. Landsberg (Soz) forderte eine Reform des ehelichen Güterrechts. - Abg. Keil (Soz) wünschte eine schleunige Vorle- gung des Gesetzentwurfes über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken. Es müsse vor allem Gewissheit darüber geschaffen werden, dass kein Moratorium für die fälligen Aufwertungsforderungen erlassen werde. - Inbezug auf die Ak- tienrechtsreform erklärte Reichsjustizminister Dr. Bredt, dass eine Teilreform nicht in Frage kommen könne. Der Gesetzentwurf über die Aufwertungshypotheken solle noch vor der Sommerpause erledigt werden. Ein allgemeines Moratorium sei nicht beabsichtigt.

Der Ausschuss nahm schliesslich noch folgenden Antrag an: "Die Reichsre- gierung wird ersucht ein Verzeichnis aller Fälle vorzulegen, in denen noch Freiheitsstrafen gegen Kriegsteilnehmer auf Grund von Urteilen der Militärge- richte vollstreckt werden; ferner alsbald dem Reichstag eine Statistik vorzu- legen: über alle seit dem Amnestiegesetz von 1928 noch schwebenden und seitdem neu eingeleiteten Hochverratsverfahren unter genauer Bezeichnung der angeblich strafbaren Handlung."

SPD. Vienenburg, 10. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Wassermassen, die die Vienenburger Kaliwerke restlos zu vernichten drohten, sind zum Stillstand gekommen. Auch Erdrutsche sind seit Sonnabend nicht mehr zu verzeichnen. Die Direktion der Kaliwerke glaubt deshalb, die Schächte zum grossen Teil retten zu können.

Die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, dass der Wassereinbruch durch den Okerfluss verursacht worden ist, der in der Nähe des Brockens entspringt und bei der Ortschaft Wiedelah seit einigen Tagen versiegt ist. Offenbar hat der Fluss eine unterirdische Höhlung in der Nähe der Grube angefüllt, sodass sich das Wasser von dort einen Durchbruch nach dem Schacht I gesucht hat. Man wird zunächst versuchen, die Oker umzuleiten oder die Einbruchsstelle der- artig nach unten hin abzudämmen, dass noch weitere Durchbrüche des Flusses ver- mieden werden. Die Wassermassen wurden zum Stillstand gebracht, weil die nie- derstürzenden Erdmassen die Zuflüsse verstopften.

Das Auspumpen der Kalischächte und die Wiedereinstandsetzung ist mit aus- derordentlich hohen Kosten verbunden. Das Schicksal des am meisten in Mittei- denschaft gezogenen Schachts I ist insofern weniger wichtig, als er bereits seit einiger Zeit stillgelegt ist. Immerhin ist damit zu rechnen, dass auch der Schacht II verloren ist. Die Hälfte der bisherigen Belegschaft dürfte je- doch weiter beschäftigt werden können. Was mit dem Rest geschehen soll, un- terliegt zurzeit einer Prüfung der zuständigen Werksdirektion. Voraussichtlich werden die Arbeiter von anderen Gruben übernommen.

## Der Weg zur Volksgesundheit.

Zur Eröffnung der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden.

SPD. In den nächsten Tagen wird in Dresden eine grosse Internationale Hygiene-Ausstellung eröffnet werden, die eine Übersicht über den Stand der Volksgesundheit in Deutschland und in verschiedenen anderen Ländern gewähren und sicherlich eine Fülle wertvoller Anregung und Belehrung bieten wird.

Solche von Zeit zu Zeit stattfindenden Ausstellungen müssen von den proletarischen Organisationen sorgfältig studiert werden, denn sie geben in konzentrierter Form wichtige Richtlinien und Hinweise auf die Entwicklung des Gesundheitswesens und der Wissenschaft. Andererseits darf aber der Wert solcher Ausstellungen nicht überschätzt werden. Mit Propaganda für eine hygienische Lebensweise, mit Aufklärung und der Vorführung hygienischer Muster- und Spitzenleistungen allein ist die positive Arbeit für die Volksgesundheit nicht erschöpft, ebenso wenig wie mit der Veranstaltung von Reichsgesundheitswochen, hygienischen Vorträgen, mit der Veröffentlichung von belehrenden Schriften usw. Denn jede Aufklärung und Belehrung hat nur dann Wert, wenn der Aufzuklärende oder Belehrende auch in der Lage ist, diese Ratschläge zu verwirklichen. Es müssen, mit anderen Worten, die Voraussetzungen dafür vorhanden sein, dass solche Veranstaltungen sich positiv auswirken können. Was nützt es, den Arbeitsmassen zu predigen, dass Licht, Luft und Sonne die besten Heilmittel sind, wenn die Voraussetzungen für solche Heilfaktoren fehlen? Was nützt es, über den Wert gesunder Wohnungen, über gesunde Ernährung, gesunde Bekleidung, sportliche Betätigung etc. zu predigen, wenn die Proletarier infolge der sozialen Verhältnisse von diesen Faktoren der Gesundheit ausgeschlossen sind? Führet den Arbeiter aus dem dunkelsten Proletarierviertel auf eine dieser prächtigen Hygieneausstellungen. Er wird mit Interesse sehen, wie man wohnen müsste, wie man sich nähren müsste, wie man sich bekleiden müsste, um gesund zu bleiben. Er wird ein Musterkrankenhaus sehen, er wird Wasser-Sonnen- und Lichtbäder bestaunen, die Säuglingspflege, wie sie sein sollte, wird ihm vorgeführt werden, er wird die idealen Forderungen der Körperpflege (Haut-, Zahn-, Haarpflege, Badewesen, Schlaf usw.) kennen lernen und denken: "Was geht das mich an?" Er wird Vergleiche ziehen mit seiner ungesunden dumpfen Hofwohnung, mit seiner jämmerlichen Ernährung, mit dem volksgesundheitlichen Elend seiner Familie, seiner abgearbeiteten Frau, seiner in Fabrikarbeit stehenden Kinder, er wird daran denken, dass alle diese Fortschritte der hygienischen Kultur ihm unerreichbar sind, weil er nicht über die ökonomischen Voraussetzungen verfügt, sie sich zu verschaffen.

Man kann eine Krankheit nicht bekämpfen, indem man nur die Symptome zu lindern sucht, die Krankheitsursachen aber unbeachtet lässt. Das gesundheitliche Elend des Proletariates ist die soziale Krankheit, der man mit schönen Ausstellungen, mit Vorträgen und Reichsgesundheitswochen niemals beikommen wird. Soziale Krankheiten lassen sich nur mit sozialen Heilmitteln behandeln. - Gesundheitspolitik ist Sozialpolitik, ist Lohnpolitik, ist Wohnpolitik und damit allgemeine Politik. Der politische Kampf der Arbeiterklassen dient dem sozialen Aufstieg des Proletariats und damit auch seinem gesundheitlichen Aufstieg. Volksgesundheit heisst soziale Befreiung. In den Tiefen des sozialen Elends ist eine durchgreifende Arbeit für die Volksgesundheit mit den Mitteln der Behandlung einzelner Symptome nicht möglich. Man kann nicht hygienische Wohnungen propagieren, wenn dem Arbeiter nicht die Möglichkeit gegeben wird, solche zu beziehen. Man kann nicht für gesunde Ernährung Propaganda machen, wenn die Ernährungspolitik der Regierung den Arbeiter daran hindert, sich die gesunden Nahrungsmittel zu verschaffen. Was nützt alle gesundheitliche Aufklärung und Belehrung, wenn die Wirtschaftspolitik des Staates die Löhne der Arbeiterschaft unter das Existenzminimum drückt? Die Volksgesundheit ist nicht abhängig vom Verhalten des einzelnen Arbeiters, wie uns Ausstellungen, Vorträge und beleh-



rende Schriften weismachen wollen, sondern von der politischen Lage im allgemeinen: Gesundheitspolitik ist nichts anderes als Lohn- und Wohnpolitik. Eine Regierung, die gegen die Interessen der Arbeiterschaft handelt, die eine gesunde Lohnpolitik unterdrückt, die sich für die Interessen der Unternehmer gegen die arbeitende Klasse einsetzt, leistet volksgesundheitliche Zerstörungsarbeit. Gebt dem Arbeiter bessere Löhne, bessere Ernährung, gesunde Wohnungen, verschafft ihm menschenwürdige und hygienische Arbeitsbedingungen, dann habt ihr für die Gesundheit des deutschen Volkes, insbesondere des Proletariats, mehr geleistet, als in Dutzenden von Reichsgesundheitswochen, in Tausenden von hygienischen Vorträgen über den Wert von Luft, Licht und Sonne, und in noch so schön aufgezogenen hygienischen Ausstellungen geleistet werden kann!

Der einzige Weg, die Volksgesundheit zu fördern, besteht in der Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Massen. Der Kampf, den die Gewerkschaften für ausreichende Löhne, für die Sicherung der Existenz der Arbeiterschaft durch Tarifverträge führen, ist ein entscheidender Kampf für die Volksgesundheit. Der politische Kampf, den die Arbeitervertreter im Reichstag führen, ist Kampf für die Volksgesundheit. Die Sozialversicherung in allen ihren Teilen, Krankenversicherung, Altersversorgung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, ist die stärkste Stütze der Volksgesundheit. Sozialpolitik und Sozialhygiene sind ein und dasselbe. Der Begriff der gesundheitlichen Fürsorge lässt sich nicht als ein bestimmter Teil der Staatspolitik definieren, sondern man kann sagen, dass das Gesundheitswesen in der Politik eines jeden Ressorts, eine wichtige Rolle spielt, dass jede politische Aktion gesundheitliche Auswirkungen zur Folge hat oder haben kann. Politik ist letzten Endes immer Gesundheitspolitik. Die Zollpolitik beeinflusst die Ernährung und damit die Volksgesundheit. Handelsverträge wirken sich volksgesundheitlich aus. Mieterschutz ist ein gesundheitliches Problem, ebenso wie die Steuerpolitik der Regierung. Die Politik der Länder und Kommunen hat volksgesundheitliche Wirkungen. Die kapitalistische Wirtschaftsführung kann die Volksgesundheit entscheidend beeinflussen. Man denke an die gesundheitlichen Folgen der Rationalisierung, Einführung neuer Arbeitsmethoden, Sperrung von Betrieben, Aussperrungen der Belegschaften usw.

Eine soziale Lohn- und Wohnpolitik ist eigentliche Gesundheitspolitik. Schulung der Massen für die Eroberung der politischen Macht im Staate ist die beste gesundheitliche Volksaufklärung. Nur der soziale Staat, besser gesagt, der sozialistische Staat, kann die Voraussetzungen für ein gesundes Volksleben schaffen. Neben der Wissenschaft, die die theoretischen Grundlagen für die Volksgesundheitspolitik schafft, muss eine politische Bewegung treten, die diese Richtlinien in die Tat umsetzt. Im Jahre 1848 hat der grosse Arzt Rudolf Virchow das Wort geprägt: Bildung ist das Hauptmittel der Demokratie. Wir sagen: Politische Bildung ist das Hauptmittel der Volksgesundheit. Wir haben Virchow zitiert, weil er derjenige war, der als erster in klarer Form die Zusammenhänge zwischen Politik und Volksgesundheit aufgedeckt hat. Zu einer Zeit des drückendsten politischen Absolutismus hatte Virchow den Mut, offen zu erklären, dass staatsbürgerliche Freiheit und Demokratie die Voraussetzungen einer jeden Volksgesundheitspolitik bilden. In seinen Berichten über die oberschlesische Hungertyphus-Epidemie, über die gesundheitliche Notlage im Spessart, machte er die politische Diktatur der Reaktion für die verzweifelte Gesundheitslage dieser Gebiete verantwortlich. Virchow wurde zum politischen Freiheitsapostel, weil er als Arzt nur in der Änderung der politischen Lage die Voraussetzungen für eine erfolgreiche "öffentliche Medizin", heute würden wir sagen Sozialhygiene, gegeben sah.

Die Führer des Volkes im Kampfe für bessere soziale Lebensverhältnisse sind neben den politischen Parteien die Gewerkschaften. Sie kämpfen in organisierter und auf den Ergebnissen der sozialistischen Weltanschauung und Wissenschaft beruhenden Art jenen Kampf, den in den 48 er Jahren der Arzt Virchow als Einzelner aufgenommen hatte. Der Kampf der Gewerkschaften für die soziale Gerechtigkeit ist der bewusste Kampf für die Volksgesundheit. Die Gewerkschaften sind deshalb die eigentlichen grossen Gesundheitsorganisationen.

Dr. Julius Moses, M.d.R.

# „Aus aller Welt“

Der "Retter" am Kreuz...

SPD. Die Berliner Nationalsozialisten haben dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der für sie durch die Unterzeichnung des Young-Plans ebenfalls in die Reihen der "Landesverräter" eingerückt ist, grimmige Todfeindschaft geschworen. Der planmäßige Kampf, den Herr Joseph Göbbels, Gauführer der Berliner NSDAP, in seinem Halbwochenblatt "Der Angriff" gegen den Reichspräsidenten führt, macht es nicht verwunderlich, wenn sich unter der Anhängerschaft merkwürdige Sitten breitmachen.

Die Berliner politische Polizei untersucht zurzeit ein seltsames Attentat das dieser Tage der "Sturm 5" der Berliner Hakenkreuzpartei auf ein Hindenburgbild verübt hat. Die Nationalsozialisten befanden sich auf einem Propagandamarsch durch die Mark und kehrten in einer Gastwirtschaft in Mehrow ein. Der Trupp, ca. hundert Mann stark, vereinigte sich nach des Tages Last und Mühe zu einer vergnügten Zecherei, die sich über mehrere Stunden hin ausdehnte. Die Stimmung wurde immer animierter, die Humpen leerten sich unzählige Male und so kann es nicht Wunder nehmen, dass die Krieger vom Hakenkreuz sich in immer größere Kampfbegeisterung hineinsoffen. Das Lied vom "Hakenkreuz am Stahlhelm" wechselte mit Niederrufen auf die Judenrepublik, wobei auch nicht versäumt wurde, den knochenweichen Deutschnationalen mit den zahlreichen Galgen des kommenden dritten Reiches zu drohen. Als einer der Helden ein Hindenburgbild an der Wand erblickte, erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm. Unter tobenden Rufen wie "Nieder mit dem Halunken!" "Auf den Schindanger mit dem Verräter!" und ähnlichen Bekundungen nationalsozialistischer Aktivität wurde das Bild heruntergerissen und unter dem Geheul der alkoholisierten Hitlerjünger in den Garten geschleppt. Hier nagelte man es an einen Baum und stach ihm mit einem Nagel beide Augen aus, wobei die rasende Horde den "gemarterten Hindenburg" im Stile der Kriegstänze eines Kannibalenstammes umsprang. Mit Rufen wie "Zu Tode mit dem Judenknecht!" "Zur Hölle mit dem Verräter!" wurde Hindenburg am Marterpfahl von den Nationalsozialisten "beehrt". Die Krönung des Werkes war das Inbrandsetzen des Bildes unter dem stürmischen Jubel der versammelten Mannschaft. Hinzukommende Stahlhelmer, die Zeugen dieser unglaublichen Szene wurden, empörten sich allerdings derart, dass es fast zwischen der entfesselten völkischen Horde und der Bevölkerung des sonst stramm nationalen Ortes zu Tötlichkeiten gekommen wäre..... Gegen die Beteiligten ist inzwischen ein Verfahren wegen Verstoss gegen das Republikenschutzgesetz eingeleitet worden.

Flüchtiger "Bergwerksdirektor". Von der Berliner Kriminalpolizei wird der Kaufmann Arvig Kresse, Berlin-Charlottenburg, gesucht, der für 600 000 Mark Aktien einer überhaupt nicht existierenden "Erdöl A.G. Woykowa" hat drucken lassen, um sie an Industrielle und Adlige, u.a. auch an die Prinzessin Viktoria von Preussen die spätere Frau Zoubkoff, zu verkaufen. Kresse führte jahrelang in Chemnitz und in Berlin ein äusserst luxuriöses Leben und verkehrte dank seines eleganten Auftretens in der "besten Gesellschaft". In Chemnitz soll Kresse einen Industriellen um 70 000 Mark betrogen haben, die er angeblich zur Gründung einer dritten Aktiengesellschaft, der Informator A.G. verwenden wollte. In Wirklichkeit scheint der Schwindler, der offenbar nach der Schweiz geflohen ist, alles Geld für sich verbraucht zu haben und keinerlei Werte weiter zu besitzen als eine armselige Büroeinrichtung. Vorläufig festgenommen wurde in dieser Angelegenheit eine Frau Erna K., die unter dem Verdacht der Beihilfe steht.

+ + +

Deutschland - England = 3:3. Unter schwarz=rot=goldenen und englischen Bannern ist am Sonnabend nachmittag im Stadion in Berlin=Grünwald das von allen Sportenthusiasten mit Spannung erwartete Fussballwettspiel der Ländermannschaften Deutschland gegen England ausgefochten worden. Die Deutschen haben sich tapfer geschlagen: das Spiel musste mit 3:3 (2:1 für England bei Halbzeit) abgebrochen werden. Die Riesenarena war vollständig ausverkauft. 47 992 Menschen zahlten 77 000 Mark Eintritt. Tausende besetzten die Mauern, um das Stadion herum. Es regnete ziemlich stark, die Engländer fühlten sich "wie zu Hause". Ausserdem war neben dem englischen Wettergott auch das offizielle England vertreten: unter dem Anwesenden sah man den britischen Botschafter. Die Mannschaften betraten unter dem Klang ihrer Nationalhymnen das Spielfeld.

Der Kampf begann nach Anpfiff durch den Schiedsrichter Job Mutters um 5,40 Uhr nachmittags durch Anstoss der Engländer. Im grossen und ganzen war das Kombinationsspiel ausgezeichnet. Durch Nervosität der deutschen Torwächter ist dem englischen Stürmer Crocks ein Schuss ins deutsche Tor möglich. Ein weiteres Tor, das England sicher zu sein scheint, wird durch einen Strafstoss für England verhindert. Schliesslich kommt auch der deutsche Sturm in Form. Besonders bewundert wird das Kombinationsspiel von Richard und Ludwig Hoffmann. Richard Hoffmann ist es auch, der einen ausgezeichneten Schuss in's englische Tor landet. Nach einer Weile gelingt den Engländern wieder ein vorzüglich kombinierter Angriff, der zu ihrem zweiten Tor führt. Dann holen die Deutschen in der zweiten Halbzeit so ausgezeichnet auf, dass ihnen der Spielabschluss mit dem mit grosser Befriedigung aufgenommenen Ergebnis von 3:3 möglich ist.

+ + +  
Zehntausend Obdachlose. Colombo (Ceylon) ist von einer Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht worden. 10000 Menschen sind obdachlos.

+ + +  
Schöneiches Finanzkatastrophe. Es ist nunmehr festgestellt, dass der Gemeindevorsteher Albrecht, der vor einigen Tagen in der Nähe von Swinemünde einen Selbstmordversuch unternahm, in Gemeinschaft mit dem Rentanten Steffen die Gemeindekasse von Schöneiche bei Berlin um 500 000 Mark geschädigt hat. Das Geld wurde fast restlos auf Rennbahnen verwettet. Die Fälschungen sind dadurch ermöglicht worden, dass die ungetreuen Beamten rechtmässige Beschlüsse der Gemeinde und des Kreisausschusses mit falschen Daten, Ziffern und Unterschriften versahen.

+ + +  
Roter Bürgermeister in USA. Der Buchdrucker Rae Weaver, ein langjähriger führender Sozialist Amerikas, ist mit beträchtlicher Mehrheit zum Bürgermeister von Beaver Dam im Staate Wisconsin gewählt worden. Weaver war im Jahre 1916 sozialistischer Kandidat für den Gouverneurposten von Wisconsin und konnte damals eine starke Stimmenzahl auf sich vereinigen. Seit vielen Jahren gehört er der Exekutive der sozialistischen Partei des Staates Wisconsin an.

+ + +  
Geldgier geht über Negerleichen. Zum Schutze gegen die Überhandnehmen der Banküberfälle hatte sich die Vereinigung der Banken von Texas zur Aussetzung einer Belohnung von 5000 Dollar für die lebendige oder tote Ergreifung eines Bankräubers entschlossen. Um sich diese runde Summe zu verdienen, heckten vier Männer, darunter zwei Bankwächter, einen Plan aus. Es kam darauf an, zwei Dumme zu finden. Man entdeckte sie in zwei arbeitslosen Negern. Unter dem Vorgeben einer günstigen Gelegenheit zur Beraubung der Bank und mit dem festen Versprechen der Mithilfe wurden die Neger überredet, am hellen Tage mit gezogenen, aber ungeladenen Revolvern in das Bankgebäude einzudringen. Kaum hatten sie das getan, als sie von den Wächtern niedergeschossen wurden. Trotz des Todes der Neger konnte die Sache aufgeklärt werden. Gegen die Verbrecher wurde Mordanklage erhoben.

+ + +

## Der Heimatlose.

Ein Leben in dieser Zeit - Romeo und Julia als Einbrecher.-

SPD. Vom Amtsgericht Berlin-Mitte wurde ein junger Mensch wegen Einbruchs zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Freundin, die ihm half, erhielt drei Monate mit Bewährungsfrist.

Der Hauptangeklagte, bleich, klein, schwarzhaarig hat eingebrochen, hat eine Ladenkasse ausgeplündert. Seine Freundin half ihm dabei. Auch sie sitzt auf der Anklagebank: blond, in langem Haar, ganz einfach, Sinnbild der ländlichen Provinz, aus der sie zugereist ist. Man kann schon verstehen, dass die junge Unschuld vom Lande, die fast etwas Holdes in ihrer Stimme und in ihrem Blick hat, sich in den fast intellektuellen Grosstadttyp, den der Angeklagte darstellt, besinnungslos verliebte. Das Mädchen hielt zu ihm und auch dann, als sie sah, dass der, den sie anbetete, weder Verdienst, noch Aussicht auf Verdienst hatte. Sie hielt zu ihm, sie hielt ihn aus, sie liebte.

Der Angeklagte, nennen wir ihn Weidlig, hat ein recht typisches Leben dieser Zeit hinter sich. Am liebsten freilich hätte er es schon ganz hinter sich mehrfach versucht er sich's zu nehmen....

Weidlig ist ein Heimatloser. Eine Nebensächlichkeitsbezeichnung ist bezeichnend für ihn: er wurde auf einer Reise seiner Mutter geboren, irgendwo auf der Fahrt von Düsseldorf nach Königsberg. Mit fünf Jahren verliert er den Vater, der ihm nichts weiter hinterlässt als die Erbschaft einer schwer psychopathischen Veranlagung; man muss auch wissen, wo der Vater starb: im Irrenhaus in Washington. Mit zehn Jahren stirbt die Mutter. Nun fehlt jede Erziehung, fehlt jeder Halt. Es kommt der Krieg, ist das vielleicht eine Erziehung, ist das vielleicht ein Halt? 1920 wird Weidlig durch Einbruch ziemlich schwer straffällig. Das Gericht in Potsdam schickt den Zwanzigjährigen auf vier Jahre ins Zuchthaus. Vier Jahre Zuchthaus für einen notorisch Belasteten, dabei für einen notorisch nicht "bösen" Menschen, von dem man weiss, dass er in Not gehandelt hat - das ist hart, das ist bestimmt keine Erziehung, das ist Potsdam!

Das Urteil wird zum Stein, der den Angeklagten immer wieder niederschlägt - auch, tragisches Schicksal aller Haftentlassenen, nachdem er längst seine Strafe verbüsst hat. Denn welche Stelle, welche Arbeit er nach der Strafverbüsung annimmt: immer wieder wird er schleunigst entlassen, wenn sich's herausstellt, dass er einen Teil seiner Vergangenheit hinter Gittern verbrachte. "Die Strafkammer Potsdam", ruft der Verteidiger, "hat mit ihrem unverständlich harten Urteil das Leben des Angeklagten auf dem Gewissen! Er kam aus wirtschaftlicher Not nicht heraus und dass er nur 1916, 1919 und 1928, also in ziemlich grossen Zwischenräumen straffällig wurde, beweist nur, dass er den Willen hatte, sich ehrlich durchs Leben zu schlagen. Was für einen Vorbestraften, wie Sie, meine Herren Richter, wissen, geradezu eine Unmöglichkeit ist...."

Am 5. September 1929 kam Weidlig das letzte Mal aus dem Gefängnis. Nirgends erhielt er Arbeit, ebenso wenig aber Wohlfahrts-, Erwerbslosen- oder Krisenunterstützung. In seiner Not sagt er zu einem der verantwortlichen Beamten: "Dann muss ich eben wieder stehlen", und erhält nur die harte und gedankenlose Antwort: "dann tun Sie, was Sie nicht lassen können!" Nein, diese Antwort hilft nicht, tröstet nicht, sättigt nicht. Aber diesmal kommt die Hilfe aus der Liebe: die Freundin, von ihrer Neigung überwältigt, hält den jungen Menschen über Wasser, das ihr selbst, da sie nur wenig verdient, schon bis an den Hals steht.

Und dann muss der junge Mann doch tun, was er kaum lassen kann, wenn er leben will: stehlen. Der Verteidiger zu den Richtern: "Ja, meine Herren, wissen Sie vielleicht einen Ausweg für den Angeklagten aus dieser Situation? Ich weiss keinen! Er musste ja stehlen! Das alte Sprichwort "Wer arbeiten will,

der kann auch arbeiten", hat heute keine Gültigkeit mehr. Gewiss, werden Sie einwenden, der Angeklagte hat zwar keine Eltern mehr, aber er hat doch Verwandte, an die er sich hilfeschend hätte wenden können. Aber wie Verwandte so sind, wollte keiner mit dem "Schandfleck der Familie" etwas zu tun haben und schon garnicht, da dies schliesslich mit Unkosten verknüpft gewesen wäre..."

So kam es zum Einbruch in einem Laden, zum Aufbruch der Ladenkasse. Der junge Mann, nicht sehr gewandt in diesen Dingen, wird erwischt, schnell stellt auch die Polizei die Beihilfe des jungen Mädchens fest. Vor Gericht deckt er sie und deckt sie ihn. Er sagt: Ich habe sie verführt, sie war mir gewissermassen hörig - sie sagt: Nein, ich war nicht hörig, es ist gerade umgekehrt gewesen, ich war es, die ihn verführt hat.

Das Gericht weiss, dass es hier kaum helfen kann, sondern, leider, paragraphentreu verurteilen muss, nur, dass glücklicherweise das Urteil nicht gar so streng ist. Das Mädchen darf nach Hause gehen, der junge Mann wird abgeführt. Mit Blicken tiefer Liebe sehen sich Romeo und Julia noch einmal in die Augen. "Sie" wird ihn bestimmt am Gefängnistor erwarten, wenn die zwei Jahre vprüber sind.

Ego.

Tetzner widerruft. Der Versicherungsmörder Erich Tetzner, hat vor dem Regenburger Untersuchungsrichter sein Geständnis widerrufen. Er behauptet jetzt - vermutlich nur aus Verschleppungsgründen - keinen Lebenden, sondern eine Leiche in seinem Auto verbrannt zu haben.

Welttheater in Hamburg. Der unter dem Präsidium von André Gémier stehende Welttheaterbund wird seinen diesjährigen internationalen Kongress vom 12. bis 20. Juni in Hamburg abhalten. Als Redner des unter der Leitung von Leopold Jessner und Max Reinhardt stehenden Kongresses sind u.a. Thomas Mann, Alfred Kerr, Erich Pommer und Tristan Bernard vorgesehen.

Sklareks Haftentlassung. Im Laufe des Sonnabend gelang es Willy Sklarek die ihm noch fehlenden 20 000 Mark zu der zu seiner Haftentlassung notwendigen Kautions von 50 000 Mark aufzutreiben. Er ist daraufhin aus der Haft entlassen worden.

Jacobys Ende. Der im Berliner Prozess Bergmann wegen Betrugsbeihilfe zu neun Monaten Gefängnis verurteilte Staatsanwalt Jacoby ist aus dem Justizdienst ausgeschieden.

Alter schützt vor Torheit nicht. Drei Bürger Sofias, von denen der eine 72, der andere 77 und der dritte bereits 81 Lenze zählt, haben fast zu gleicher Zeit vor der Synode ihre Ehescheidung beantragt. Der älteste dieser wirklich einzigartigen Sonderlinge, ein pensionierter subalterner Staatsbeamter, der bereits Urgrossvater ist und auf die stattliche Anzahl von drei Söhnen, zwei Töchtern, zwölf Enkeln und einem Urenkel herabschauen kann, ist von einer seltenen Rüstigkeit und antwortet auf die verwunderte Frage der kirchlichen Scheidungsbehörde, die natürlich die Ursache des seltsamen Entschlusses kennen möchte: "Was versteht Ihr weltfremden Popen vom Leben? Gewiss, ich bin alt, habe aber ein junges Herz und werde mich sofort wieder verheiraten, wenn ich meine verschrobene Alte los geworden bin. Denn für sie existieren nur noch ihre Kinder, Enkel und Urenkel, aber nicht mehr ihr doch auch noch liebesbedürftiger Gatte!" Ganz Sofia erwartet mit Spannung den Ausgang der Scheidungsprozesse.



## Frivoles Spiel.

Die sächsischen Metallindustriellen fordern Lohnabbau.

SPD. Die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller hat die Lohnabkommen für die Bezirke Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Bautzen zum 30. Juni, bzw. 31. Juli gekündigt und einen Lohnabbau gefordert. Nach der Abwehr des Vorstosses der Bauunternehmer gegen die Bauarbeiterlöhne soll also jetzt ein zweiter Angriff auf den Lohn unternommen werden.

Die Kampfansage der sächsischen Metallindustriellen ist eine Frivolität. Sie erfolgt in einer Zeit, wo Mieterhöhungen, Eisenbahntariferhöhungen und Verteuerungen der Lebenshaltung infolge der Steuer- und Zollpolitik der Regierung Brüning vor der Tür stehen und wo eigentlich ein Lohnausgleich nach oben eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Statt sich gerade jetzt, wo die Verhandlungen in der Metallindustrie Nord-West schon reichlich genug Konfliktstoff in sich bergen, zurückzuhalten, riskiert man es leichtfertig, durch eine plumpe Herausforderung für die gesamte Metallindustrie den "Zustand drohender Kriegsgefahr" heraufzubeschwören. Kein Wunder, wenn in der bürgerlichen Presse sich warnende Stimmen melden, die auf das Gefährliche der Taktik der sächsischen Metallindustriellenvereinigung hinweisen. So schreibt das "Berliner Tageblatt" unmittelbar im Anschluss an die Nachricht von der Kündigung der Lohnabkommen der sächsischen Metallindustrie: "Der Entschluss der sächsischen Metallindustriellen zu einer Lohnsenkungsaktion ist sehr bedauerlich und seine möglichen Konsequenzen sind noch nicht absehbar. Jedenfalls steht fest, dass in einer Zeit wie der jetzigen die Gefahr von Arbeitskämpfen, die durch derartige Manöver heraufbeschworen wird, nicht leicht zu ertragen ist. Gerade die durch die letzte Steuer- und Zollgesetzgebung hervorgerufene Mehrbelastung der grossen Massen lässt es kaum tragbar erscheinen, dass die jetzige Lohnhöhe angegriffen wird. Man muss darauf gefasst sein, dass die Gewerkschaften, und zwar nicht nur die sozialdemokratischen, sich gegen eine derartige Aktion mit allen Kräften sträuben werden, und es ist zu befürchten, dass der Entschluss zur Tarifkündigung durch eine so grosse Industriegruppe zu einer Lohnsenkungswelle im ganzen Reich führen kann. Man wird von Fall zu Fall die Lage der einzelnen Industrien, die die heutigen Löhne nicht mehr tragen zu können glauben, eingehend zu prüfen haben. Aber es muss schon jetzt gesagt werden, dass äusserste Zurückhaltung in der Tendenz zur Lohnsenkung dringend erforderlich ist, wenn nicht der Schaden, der dadurch angerichtet wird, grösser sein soll als der Nutzen, den die einzelnen Industrien aus einer Verbilligung ihrer Produktionskosten ziehen könnten."

Das ist deutlich. Die Frivolität der sächsischen Metallindustriellen wird hier von einem bürgerlichen Blatt, dem man, wenn man sich an seine Haltung in den Debatten über die Arbeitslosenversicherung erinnert, kaum übertriebene Sympathie für die Arbeiterschaft nachrühmen kann, aufs schärfste gebrandmarkt. Zweifellos erkennt man auch in nicht arbeiterfreundlich eingestellten Bevölkerungskreisen, dass ungeheure Gefahr den sozialen Frieden bedroht, wenn ausgerechnet jetzt die seit langem von dem Scharfmachertum vorbereitete Lohnsenkungsaktion auf der ganzen Linie in Bewegung kommen würde. Riesenarbeitslosigkeit und Riesenlohnkämpfe zusammen wären für unsre wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine furchtbare Belastung. Aber

anscheinend drängen Sozialreaktion und Scharfmachertum jetzt, nachdem eine Rechtsregierung im Reich am Ruder ist, zu einem Generalangriff auf die Position der Arbeiterklasse. Die Arbeiter sollen niedergeworfen werden, damit die notwendig gewordene Lastenverteilung auf die Massen abgewälzt werden kann. Das Scharfmachertum wäre nicht so keck, wenn es nicht damit rechnete, beim Kabinett Brüning Rückhalt zu finden. Nicht von ungefähr ist vor kurzem in der "Deutschen Arbeitgeberzeitung" an die neue Reichsregierung appelliert worden, sich zu einem Beschluss in der Lohnfrage aufzuraffen, der den gegebenen Verhältnissen Rechnung trage. Dieser Appell erfolgte im Anschluss an die dreiste Bemerkung, dass auch die Arbeiter jetzt erkennen müssten, dass "eine Lohnreduktion keine arbeiterfeindliche sondern vielmehr eine arbeiterfreundliche Massnahme" darstelle.

Die Unternehmerdraufgänger wittern Morgenluft. Sie glauben, dass die Arbeiterschaft durch die täglichen Alarmmeldungen über Stilllegungen und Betriebs-einschränkungen eingeschüchtert ist. Sie glauben, dass in einer Zeit nie dagewesener Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften keinen grossen Lohnkampf führen können. Daher die frivole Herausforderung. Die sächsischen Metallindustriellen spielen ein gefährliches Spiel. Sie können die Lohnsenkungswelle in Bewegung setzen. Sie können aber auch unter der Lohnlavine begraben werden.

---

SPD. Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hat im vergangenen Jahr trotz Wirtschaftsdepression und Rationalisierung sich verhältnismässig recht gut gehalten. Die Mitgliederzahl stieg auf 179 067. Seit dem Zusammenschluss am 1. April 1928 ist eine Mitgliederzunahme um 25 632 oder 16% zu verzeichnen. Ausserordentlich erfreulich ist die Entwicklung der Jugendgruppen. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder und Lehrlinge unter 18 Jahren stieg um 2 347 oder um 33,7%, d.h. bedeutend stärker als die allgemeine Mitgliederbewegung. Seit dem Zusammenschluss wuchsen die Jugendgruppen um 3 533 Mitglieder.

Die Finanzentwicklung des Verbandes brachte eine Gesamteinnahme von 9 656 955 Mark. Von den Ausgaben wurden für soziale Unterstützungszwecke 3 208 250 Mark verwendet. Die neu eingeführte Invaliden- und Alterunterstützung erforderte eine Ausgabe von 674 772 Mark. Die Ausgaben für Kampfmassnahmen betrugen 713 000 Mark. Die Kosten für Bildungszwecke, Fachzeitschriften und dergl. erforderten 334 000 Mark. Dem Verbandsvermögen konnte ein Überschuss von 2 060 550 Mark zugeführt werden.

Trotz der bedeutenden Arbeitslosigkeit - über 35 000 Bäcker- und Konditor-gehilfen waren am Jahresende als Arbeitssuchende gemeldet und im Fleischarge-berbe entfielen auf je 100 offene Stellen 1200 Arbeitssuchende - konnten bei den wirtschaftlichen Kämpfen wiederum gute Erfolge erreicht werden. Insgesamt wurden 1 657 Bewegungen in 4 269 Orten mit 338 857 beschäftigten Personen geführt. 771 Bewegungen konnten durch Verhandlungen zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter, 285 unter Mitwirkung der Schlichtungsbehörden und 29 durch Streiks erledigt werden. In 543 Fällen musste die Organisation Abwehrbewegungen führen zur Durchkreuzung der Unternehmerabsichten auf Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Tarifbestimmungen, Dabei waren 64 885 Personen beteiligt. - Insgesamt wurde für 234 585 Personen eine Lohnerhöhung von 25 125.400 Mark pro Jahr erkämpft. Seit der Fusion zur Einheitsorganisation wurden an Lohnerhöhungen 70 452 044.-Mark hereingeholt. Ausserdem wurden Erfolge erzielt in der Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Überstundenbezahlung, Bezahlung des Aufschlages für Sonntags- und Nachtarbeit, Verbesserung der Bestimmungen über die Weiterbezahlung des Lohnes bei Krankheit, Erhöhung des Ferienanspruchs und Beseitigung des Kost- und Logiezwanges im Hause des Unternehmers.

Wesentliche Fortschritte wurden ferner bei den Tarifabschlüssen erzielt. 175 Tarife für 23 859 Beschäftigte wurden erstmals vereinbart, dadurch erhöhte sich im Berichtsjahr die Zahl der bestehenden Tarifverträge auf 1 121 für 75 372 Betriebe und 247 289 Personen. Nach den Tarifbestimmungen ist eine tägliche Arbeitszeit von unter 8 Stunden in 88 Verträgen für 6 870 Personen vereinbart. 249 746 Personen arbeiten tariflich täglich 8 Stunden. Überstundenzuschläge von 25% und höher sind für 255 628 Personen festgelegt. 257 305 Personen erhalten Perien, darunter bis zu 12 Tagen 177 449 Personen, bis zu 15 Tagen 33 019 Personen, bis zu 18 und darüber 13 128 Personen. Die Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen ist für 250 200 Personen tariflich geregelt. Auch in sozialpolitischer Hinsicht hat die Organisation erfolgreich gearbeitet. Es ist ihr gelungen, die stürmischen Vorstösse der Unternehmer im Bäckergewerbe zur Verschlechterung des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit abzuwehren.

Der Verband konnte also für die Beschäftigten in der Nahrungsmittelindustrie seit dem Zusammenschluss durch seine konzentrierte Macht wertvolle Gewerkschaftsarbeit leisten. Diese Arbeit muss, sobald wieder geordnete wirtschaftliche Verhältnisse bestehen, auch bei der grossen Schar der Indifferenten wirksam wirken.

---

SPD. Das Büro der Internationalen Bekleidungsarbeiterföderation hat zum 15. Juni einen internationalen Kongress nach Leipzig einberufen. Unmittelbar vorher wird in Leipzig eine Reichskonferenz für die Zurichter-, Kürschner- und Mützenbranche des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes tagen.

Leipzig ist zum Tagungsort gewählt worden, weil man den Kongress- und Konferenzbesuchern die Möglichkeit zum Besuch der Internationalen Palzausstellung geben will.

---

SPD. Der Streik im Cannstatter Ziegelwerk Höfer hat mit einem vollen Erfolg für die Belegschaft geendet. Der Firma ist ihr Vorhaben, die Akkordsätze mit Hilfe von auswärtigen Ziegler zu drücken, nicht gelungen. Bei Neueinstellungen muss die Firma auf die infolge der Betriebseinschränkung entlassenen Arbeiter zurückgreifen. Betriebsfremde Arbeiter dürfen erst eingestellt werden wenn keine Entlassenen mehr zur Verfügung stehen.

---

SPD. Die Tonfilmpäne der Berliner Staatsoper haben unter den Chorsängern der Opernbühnen und Bühnen mit gemischtem Betrieb in der Provinz die Befürchtung hervorgerufen, dass die Opernfilmproduktion der Staatsoper Tausende von Künstlern arbeitslos machen werde, Der Mechanisierungswahnsinn sei drauf und dran, nun auch die deutschen Opernensembles zu zertrümmern. Etwa 150 000 Menschen die heute ihr Brot an den Bühnen verdienen, würden bei der Durchführung der Tonfilmpäne das Riesenheer der Erwerbslosen vermehren. Der grösste Teil von ihnen werde nicht nur seine Stellung, sondern auch die Altersversorgung verlieren. Rechne man noch die durch einen solchen Abbau mitbetroffenen Familienangehörigen hinzu, dann vergrössere sich die Zahl der Menschen, über die Not und Elend hereinbrechen, auf mindestens über 300 000. Dafür würden dann einige erste Kräfte "Amerika-Gagen" erhalten. -Angeblich will man mit der Tonfilmproduktion gerade finanzschwache Provinzbühnen über Wasser halten. Auf der andern Seite ist jedoch den Befürchtungen der Chorsänger eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren. Der preussische Staat darf natürlich nicht seine Hand dazu bieten, die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren.





## Der Etat des Verkehrsministeriums.

SPD. Der Etat des Verkehrsministeriums sieht Ausgaben in Höhe von 240 Millionen Mark vor. Mit der Durchprüfung dieser Ausgaben will der Haushaltsausschuss des Reichstags in 8 Stunden fertig werden.

Zu dem Aufgabengebiet des Reichsverkehrsministeriums gehört auch die Wahrung der Reichsrechte gegenüber der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich im Haushaltsausschuss alles versuchen, um die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft geplante Tarifierhöhung, die besonders die werktätigen Massen treffen dürfte, zu verhindern. Der Reichsbahngesellschaft stehen z. Z. andere Wege offen, um ihre Finanzverhältnisse in Ordnung zu bringen. Die von dem gegenwärtigen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer angestrebte Steuersenkung könnte einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben, wenn z. B. die Beförderungssteuer vermindert wird, wodurch die Reichsbahngesellschaft über die Notwendigkeit hinwegkommt, der ersten Tarifierhöhung, die versagt hat, eine zweite folgen zu lassen, die noch katastrophaler versagen würde.

Der Etat des Reichsverkehrsministeriums sieht alljährlich grössere Mittel für die Förderung der deutschen Binnen- und Seewasserstrassen vor. Dadurch erhält der Etat stärkste sozialpolitische Bedeutung: die vorgesehenen Arbeiten bringen eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Im Etat 1930 belaufen sich die Gesamtausgaben für die Wasserstrassen auf 155 Millionen Mark. Der Reichsrat hat sie um einen verhältnismässig kleinen, aber bedeutenden Betrag vermindert, indem er die Mittel für den Umbau der Mühlendamm Schleuse in Berlin (rund 1 Million Mark) strich. Da die geplanten Arbeiten für den Berliner Arbeitsmarkt mit seinen zahlreichen Arbeitslosen grosse Bedeutung haben, wird es hoffentlich gelingen, diese Streichung rückgängig zu machen.

Hinsichtlich des Reichswasserschutzes vertritt die Sozialdemokratie die Auffassung, dass diese Aufgabe nicht Sache des Reichsverkehrsministeriums ist, sondern der Aufsicht der Länder unterstellt werden muss. Die Sozialdemokratie wird sich im Laufe der Etatsverhandlungen dafür einsetzen, zumal der Reichsrat ja verlangt, vom 1. Oktober 1930 ab den Wasserschutz formell an die Länder zu übertragen, seine Beamten aber weiter im Reichsdienst zu belassen. Dadurch würden jedoch die Polizeiverhältnisse noch verwickelter werden als bisher.

Die Luftfahrtspolitik des Reichsverkehrsministeriums ist häufig genug kritisiert worden. Die Überspannung der Subventionen besonders an die Luftfahrtindustrie in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass im Etat 1929 vom Reichstag ein starker Abbau vorgenommen werden musste. Nach den Ansätzen im Etat 1930 hat es den Anschein, als ob die für die Luftpolitik verantwortlichen Stellen des Reichsverkehrsministeriums aus den Erfahrungen des Jahres 1929 nichts lernen wollen. Die Ausgaben für die Luftfahrt (Industrie und Verkehr) sind 8 Millionen höher veranschlagt als 1929; sie belaufen sich für 1930 auf 45 Millionen und sind damit wieder genau auf der Höhe des Jahres 1928 angelangt. Selbst wenn man die Anschauung vertritt, dass Luftfahrtindustrie und Luftverkehr Wirtschaftszweige sind, die einstweilen nicht ohne Staatshilfe auskommen, wird man den Versuch unternehmen müssen, ein Programm mit dem Ziel aufzustellen, die Luftfahrt in absehbarer Zukunft von Reichsbeihilfen unabhängig zu machen. Im Sommer 1929 würden einige löbliche Ansätze gemacht. Aber die damaligen Rationalisierungsversuche sind nicht weit gekommen. Die Luftfahrtindu-

strie in Deutschland glaubt anscheinend auf eine entschlossene Rationalisierung verzichten zu können, weil das Reich immer noch ihren Subventionswünschen nachgegeben hat. Selbst wenn man aber der Subventionierung der Luftfahrtindustrie grundsätzlich zustimmt, wird man die Beihilfen des Reiches nur als Erziehungsbeihilfen ansprechen können. Deshalb sollte zumindest die Hergabe der für die Industrie im Etat 1930 geforderten 7 Millionen davon abhängig gemacht werden, dass nur ein Teil dieses Betrages zur direkten Subventionierung, ein anderer bedeutender Teil aber zur Förderung des Exports der Luftfahrtindustrie, etwa in der Form von Zwischenkrediten hergegeben wird. Der innerdeutsche Absatz unserer Luftfahrtindustrie wird nie genügen, um sie auch nur notdürftig über Wasser zu halten. Wenn sie am Leben bleiben will, muss sie auf Ausfuhr bedacht sein und wenn das Reich beabsichtigt, ihr wirklich zu helfen, soll es das vor allem durch Förderung der Ausfuhr tun.

Ähnlich steht es mit dem Luftverkehr. Heute erhält die Deutsche Lufthansa eine Subvention von rund 20 Millionen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass durch Rationalisierungsmaßnahmen dieser Reichszususs für die nächsten Jahre herabgesetzt werden kann.

Schliesslich ist auch die Reichssubvention an die Kraftfahrzeugindustrie und an die Kraftfahrtverbände bei der allgemeinen Entwicklung des Kraftfahrzeugs als Verkehrsmittel kaum noch zu verantworten. Der Ansatz im Etat 1930 für diese Zwecke ist zwar auf 650 000 Mark gedrückt worden, aber noch in den letzten Jahren wurden dafür Millionen ausgegeben.

---

SPD. Die Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine in Hamburg (GEG), die sich im Laufe der Jahre zu einem weit verzweigten Konzern mit rund 7500 beschäftigten Personen entwickelt hat, weist für das Jahr 1929 einen Gesamtumsatz von 501,378 Millionen Mark auf gegenüber 444,371 Millionen Mark im Jahre 1928 und 373,041 Millionen Mark im Jahre 1927. Die Halbmilliarden-grenze ist damit überschritten. Auf die Handelsabteilung entfallen davon 377,498 Millionen Mark = 75,29% (1928 = 339,651 = 76,43%, 1927 = 309,904 = 83,07%, auf die Produktionsbetriebe 123,879 Millionen = 24,71% (1928 = 104,872 = 23,57%, 1927 = 63,137 = 16,93%). Der Anteil der Eigenproduktion an dem Gesamtumsatz hat sich weiter gesteigert, wenn auch nicht in dem Ausmass wie im vergangenen Jahr. Beliefert werden von der GEG 999 angeschlossene Genossenschaften.

Die Eigenproduktion verteilt sich mit 90,235 Millionen Mark (1928 = 72,885 Millionen) auf Lebens- und Genussmittel. Die Steigerung ist angesichts der Konjunkturlage äusserst befriedigend. Es hat sich u.a. gezeigt, dass sich Konjunkturschwankungen für den organisierten Warenbedarf bei weitem nicht in dem Masse auswirken wie in der Gütererzeugung für den freien Markt. So hat z.B. der Absatz von Kautabak in Deutschland im Jahre 1929 um 0,68% nachgelassen. Die GEG konnte ihre Produktionen aber um 8 000 Pfund = 7% steigern. Neu in Betrieb genommen wurde die Herstellung von Zichorien und anderen Kaffeezusatzmitteln. Ferner wurde im Anschluss an die Fleischwarenfabrik in Oldenburg eine Geflügelfarm errichtet (4000 Enten und 2000 Hühner). Der Betrieb wird sich ohne Zweifel wirtschaftlich gestalten, weil ein Teil des Futters für das Geflügel aus den sonst nur schwer verwertbaren Abfällen der Fleischwarenfabrik gewonnen wird. Im Geschäftsjahr gingen auch die belieferten Genossenschaften mehr dazu über, die Markenartikel der Privatindustrie auszuschalten und die entsprechenden GEG-Eigenerzeugnisse einzuführen. Das war von Erfolg begleitet und beweist nur, dass die hier und da noch immer verbreitete Auffassung, man käme ohne die privatindustriellen Markenartikel nicht aus, nicht zutrifft.

Bei den Bedarfsartikeln (Seife, chemisch-technische Waren, Zündhölzer usw)

liegt eine Steigerung von 26,312 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 28,027 Millionen Mark vor. An der Steigerung ist das selbsttätige Waschmittel der GEG (Famos) stark beteiligt. Auch das neue Wasch- und Bleichmittel (Solex) hat sich gut eingeführt. Die Bürstenfabrik Stützingen, die mehr unter der Ungunst der Konjunktur litt als die anderen Betriebe, war weiter bemüht, zu einer Vereinigung bezw. Normung der verschiedenen Bürstensorten zu kommen. Hier scheint es noch an intensiver Aufklärungsarbeit der Genossenschaftler über den wirtschaftlichen bezw. betriebswirtschaftlichen Wert der Normung und Typung zu fehlen. Das Sägewerk und die Kistenfabrik Risa-Gröba sind völlig auf Fliessarbeit umgestellt, was eine erfreuliche Steigerung der Leistungsfähigkeit mit sich brachte.

Bei den Textilwaren liegt nur eine Steigerung von 5,521 Millionen im Jahre 1928 auf 5,616 Millionen Mark vor. Es war nicht möglich, in allen Betrieben dieser Branche die Umsätze des Jahres 1928 zu halten. Die Konjunkturrückschläge würden sich zweifellos weniger bemerkbar gemacht haben, wenn die angeschlossenen Konsumvereine den Bedarf an den einschlägigen Artikeln restlos bei den Abteilungen und Fabriken der GEG gedeckt hätten.

Die Firma Hoyer und Lovo, Kommanditgesellschaft in Wangen (Allgäu), an der die GEG beteiligt ist und die in 43 Sennereien 20 Millionen Liter Milch verarbeitet, konnte bei einer Beschäftigtenzahl von 227 Personen Butter und Käse im Gewicht von 6,108 Millionen Kilogramm und im Werte von 10,442 Millionen Mark umsetzen. Der Umsatz des Sächsischen Bekleidungswerkes (Einzelkleidungsstücke und Schuhwaren) ging um 73 000 Mark auf 3,683 Millionen Mark zurück. Von der Produktion übernahmen die angeschlossenen Genossenschaften 3,189 Millionen Mark. Der Minderumsatz dürfte sich aus der im Jahre 1929 eingetretenen Preissenkung für Schuhwerk erklären.

Die Bankabteilung der GEG hat sich weiter günstig entwickelt. Der Gesamtumsatz (1913 = 1,008 Milliarden Mark) steigerte sich von 3,022 Milliarden im Jahre 1928 auf 3,376 Milliarden Mark im Jahre 1929. Die Spareinlagen (1914 = 80,2 Millionen Mark) wuchsen von 297 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 374 Millionen Mark im Jahre 1929 an. Um eine Vergleichung zu ermöglichen, sei mitgeteilt, dass sich in derselben Zeit die Einlagen bei den deutschen Sparkassen von 6,991 Milliarden Mark auf 9,07 Milliarden Mark steigerten. Sowohl bei den Sparkassen als auch bei den konsumgenossenschaftlichen Einlagen war die Steigerung infolge des Konjunkturverlaufs nicht so stark, als im Jahre 1928. Die Verlangsamung prägte sich jedoch bei den genossenschaftlichen Anlagen weniger scharf aus.

Der GEG-Konzern beschäftigte Ende 1929 = 7446 Personen gegenüber 7372 Personen Ende 1928, davon im Handelsgeschäft 1786 und in der Eigenproduktion 5660. An Löhnen wurden 18,297 Millionen Mark gezahlt gegenüber 16,147 Millionen Mark Ende 1928. Die Steigerung beträgt 13,3 %. Die meisten Beschäftigten weisen die Tabakfabrik mit 1336 Köpfen auf. Die Fleischwarenfabriken hatten eine Belegschaft von 521 Personen.

---

SPD. Der Abschluss der Ruhrgas A.G., in der das Ferngasgeschäft der rheinisch-westfälischen Montangesellschaften zusammengefasst ist, besagt über die Entwicklung im verflorbenen Jahr verhältnismässig wenig. Man erfährt aus dem Geschäftsbericht, dass gegenwärtig unter Einrechnung des von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) übernommenen Netzes (rund 298 Kilometer) 744 km im Betrieb sind, davon 500 km mit einem Durchmesser von 400 bis 800 mm. Im April hat die durchschnittliche Tagesabgabe an Gas 2 Millionen Kubikmeter überschritten. In dem RWE-Netz wurden 1929 = 133 Millionen Kubikmeter Gas abgegeben gegenüber 109 Millionen Kubikmeter im Jahre 1928. Im neu hergestellten Ferngasnetz hat die Abgabemenge aber im März 1929 die der RWE-Leitung überschritten. Im Dezember 1929 wurde ein Monatsdurchschnitt von

47 Millionen Kubikmeter erreicht, 36 Millionen Kubikmeter auf das neue Netz entfallen.

In gemeinsamen Versuchen mit industriellen Abnehmern wurde festgestellt, dass bei Verwendung von Gas geringere Wärmemengen gebraucht werden als bei festen Brennstoffen. In vielen Fällen wurde die erwartete Ersparnis derart übertroffen, dass der veranschlagte Gasbedarf nicht annähernd erreicht wurde.

Die Ruhrgas A.G. hofft auf eine weitere Absatzsteigerung, nicht nur durch die Inbetriebnahme neuer Leitungen, sondern auch durch den Anschluss neuer Abnehmer an die bereits verlegten Strecken. Im grossen und ganzen scheint das Essener Unternehmen eingesehen zu haben, dass seine Pläne nicht so ohne weiteres durchzuführen sind, wie man sich das im Anfange dachte. Man hat im Laufe von 2 Jahren Ferngasexperimenten viel Wasser in den Wein überschwenglicher Hoffnungen schütten müssen. Trotzdem sind die Fortschritte der Ruhrgas A.G. durchaus beachtlich. Das Rohrnetz und die sonstigen Betriebsanlagen werden in der Bilanz mit 51,91 Millionen Mark aufgeführt gegenüber 26 Millionen Mark im Vorjahr. Der Wert der Betriebsanlagen hat sich damit verdoppelt. Auch Wertpapiere und Beteiligungen steigerten sich von rund 880 000 Mark auf 1,15 Millionen Mark. Die Bilanzsumme hat sich von 81 Millionen Mark auf 86 Millionen Mark gesteigert.

Hinsichtlich der finanziellen Entwicklung wird bemerkt, dass die bisherigen Monatseinnahmen aus dem Gasgeschäft fast doppelt so hoch wie in den entsprechenden Monaten des Vorjahres waren, obwohl der Konjunkturrückgang sich auswirkte. Der Überschuss aus dem Gasgeschäft wird in der Gewinn- und Verlustrechnung nach Abzug der Gaseinkaufskosten mit 2,755 Millionen Mark angegeben gegenüber 1,143 Millionen Mark. Die Rückstellungen wurden von 609 000 Mark auf 1,644 Millionen Mark gesteigert. Die Betriebsunkosten machen 545 000 Mark aus gegenüber 1,128 Millionen Mark, die in den Abschluss für 1928 als Unkosten einschliesslich Unterhaltung des Leitungsnetzes bezeichnet werden. Einschliesslich der Vorträge aus den vergangenen Jahren ergibt sich ein Verlust von 3,576 Millionen Mark (Verlust 1928 = 1,206 Millionen Mark), der vorgetragen wird.

SPD. Ueber den Wassereinbruch auf Vienenburg wird von zuständiger Stelle folgende Darstellung verbreitet:

Gerade in den ersten Jahrzehnten des Kalibergbaues, also um die Zeit von 1860 bis 1900, als man noch nicht über genügende Erfahrungen verfügte, sind eine Reihe von Kaliwerken durch Laugeneinbrüche erloschen. Damals bewegte sich der Abbau im obersten Teil steil aufgerichteter Kalilager, wie sie nur in bestimmten Bezirken nördlich des Harzes vorkommen. Diese Salzköpfe sind durch die früheren Gebirgsbewegungen der sonst vorhandenen schützenden Deckschichten beraubt und vom Grundwasser z.T. zu Salzlaugen aufgelöst, sodass Risse, die durch Grubenbaue entstehen, zu Laugeneinbrüchen führen können. Aus diesen Ereignissen gesammelte Erfahrungen führten zur planmässigen Beobachtung aller Laugenzuflüsse und zu neuen Abbaumethoden, die eine Zerstörung oder Zerklüftung des Salzhutes verhindern und damit die Laugen fernhalten sollen. Insbesondere meidet man jeglichen Abbau in den erwähnten Salzköpfen. Diese Erfahrungen sind in den berg-polizeilichen Vorschriften über das Schachtabteufen, die Sicherheitspfeiler, den Abbau und die Wasserhaltung im Kalibergbau niedergelegt. Damit gelang es, die Gefahr der Laugeneinbrüche im wesentlichen zu bannen.

Das jetzt von dem Laugeneinbruch betroffene Kaliwerk Vienenburg ist ein älteres Werk, dessen Anfänge auf die erste Hälfte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückgehen. Seine Begründer waren Steinkohlenbergleute aus Westfalen, denen die vorstehend geschilderten Erfahrungen nicht zu Gebote standen. Sie haben daher bei dem Abteufen des Schachtes I und bei dem Abbau der Salze das schützende Deckgebirge an mehreren Stellen verletzt, sodass, wie der

jetzt eingetretene Laugeneinbruch gezeigt hat, allmählich umfangreiche Zerstörungen und Auflösungen der Salze im Salzhut stattgefunden haben. Das Werk Viënenburg ist vom Preussischen Staat 1906 aus Privathand erworben und nach Gründung der Preussischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft im Jahre 1924 in deren Eigentum übergegangen. Der Gesellschaft ist seit dem Jahre 1926 bekannt, dass die vorerwähnten Fehler von dem Rechtsvorgänger des Preussischen Staates gemacht worden sind. Sie hat in ständiger Fühlung mit der Geologischen Landesanstalt in reichstem Masse die Vorkehrungen getroffen, die nach menschlichem Ermessen einen schweren Laugeneinbruch hätten vermeiden können. Leider waren die eingetretenen Auflösungen im Salzhut jedoch bereits so stark, dass sie trotz aller Vorkehrungen seitens der Preussag jetzt zu dem Einbruch geführt haben. Die getroffenen Massnahmen haben aber wenigstens das eine erreicht dass die Belegschaft restlos gerettet werden konnte.

Beimahlungsgerüchte.

(Berliner Getreidebörse vom 10. Mai).

SPD. Im Mittelpunkt des Interesses stand der Roggen. Gerüchtweise verlautete von neuen Stützungsplänen der Reichsregierung, u.a. soll ein Beimahlungs-zwang für Roggen zum Weizenmehl beabsichtigt sein. Diese Gerüchte hatten zur Folge, dass das Angebot an Roggen fast völlig vom Markte verschwunden ist, während sich auf der anderen Seite gleichzeitig stärkere Nachfrage zeigte. Unter solchen Umständen konnten sich die Roggenpreise am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit effektiver Ware um etwa 3 bis 4 Mark befestigen. Weizen wurde von dieser Bewegung in geringem Ausmasse mitgezogen, obwohl die ausländischen Börsen unter dem haussegünstigen Eindruck des letzten Berichtes des Washingtoner Ackerbaubüros festere Tendenz meldeten. Immerhin konnten sich auch in Berlin die Weizennotierungen bei knappem Angebot und regulärer Nachfrage etwas befestigen. Am Mehlmarkt waren die Forderungen für Roggenmehl teilweise etwas erhöht und fanden auch etwas grösseres Interesse. Hafer hatte stetigen Markt bei stetigen Umsätzen.

	<u>9. Mai</u>	<u>10. Mai</u>
	(ab märkischen Stationen in Mark)	
Weizen	280 - 282	282 - 284
Roggen	155 - 163	158 - 166
Braugerste	190 - 202	190 - 202
Futter- und Industriergerste	173 - 186	173 - 186
Hafer	150 - 159	152 - 161
loco <sup>2</sup> Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,25-39,50	31,50-40,00
Roggenmehl	22,50-25,65	23,00-25,90
Weizenkleie	9,25- 9,50	9,25- 9,50
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 293 (Vortag -), Juli 300 (299 $\frac{1}{2}$ ), per September 266 bis 265 Brief (264 $\frac{1}{2}$ ). Roggen per Mai 171 (167), Juli 180 (176 $\frac{3}{4}$ ), September 183 - 184 (181). Hafer Mai - (-), Juli 176-175 Brief (172 $\frac{1}{2}$ ), September 176 (172).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 10. Mai 1930

Der Gummischuh.<sup>x</sup>

Von M. Sostschenko.

SPD. Es ist gewiss sehr leicht, in der Elektrischen einen Gummischuh einzubüssen, zumal wenn man von zwei Seiten hart bedrängt wird und sie einem von hinten auf die Kappe treten - mit einem Male ist der Gummischuh weg. Es ist wahrhaftig eine ganze Kleinigkeit, einen Gummischuh zu verlieren.

Meiner war weg, ehe ich bis zwei gezählt hatte. Ich fand kaum Zeit zu einem "Ach". Als ich einstieg, waren beide Gummischuhe noch vorhanden. Ich entsinne mich dessen nur zu gut. Noch im Einsteigen hatte ich nach ihnen gefasst - ob sie noch da wären. Wie ich nun aussteige, sehe ich: der eine Gummischuh ist da, der andere nicht. Der Stiefel ist auch da. Auch die Socke, wie ich sehe. Auch die Unterhose. Der Gummischuh aber fehlt.

Der Elektrischen nachzulaufen, geht nicht gut an. So ziehe ich den übriggebliebenen Gummischuh aus, wickle ihn in die Zeitung und gebe. Nach der Arbeit, denke ich, will ich mich auf die Suche machen. Das Ding kann doch nicht spurlos verschwunden sein. Irgendwo wird sich's schon finden.

Nach Arbeitsschluss ging ich auf die Suche. Vor allen Dingen zog ich einen mir bekannten Strassenbahnwagenführer zu Rate. Er machte mir Hoffnungen. "Sei froh", sagte er, "dass Du ihn in der Elektrischen verloren hast! Für keine andere öffentliche Institution würde ich einstehen. Aber in der Elektrischen etwas zu verlieren, ist eine sichere Sache. Ich habe da einen Aufbewahrungsort für verlorene Gegenstände. Man braucht nur zu kommen und sie abzuholen. Ja, es ist eine sichere Sache."

"Danke", sage ich, "mir fällt ein Stein vom Herzen. Der Gummischuh ist übrigens fast neu; ich trage ihn erst die dritte Saison."

"Kann ich nicht meinen Gummischuh wiederbekommen, Brüderchen? Man hat ihn mir in der Elektrischen heruntergerissen."

"Du kannst schon. Was für ein Gummischuh war es denn?"

"Ein gewöhnlicher Gummischuh, Grösse 12."

"Wir haben von Grösse 12 zwölftausend Stück da. Gib die Merkmale an!"

"Die Merkmale", sage ich, "sind ganz gewöhnlich. Die Kappe ist natürlich entzwei, und das Futter fehlt. Das Futter hat sich abgenutzt."

"Wir haben vielleicht über tausend solcher Gummischuhe. Hat er weiter keine Merkmale?"

"Er hat schon besondere Merkmale. Die Spitze ist fast herunter; sie hält sich kaum, und der Absatz, sage ich Euch ist fast ganz weg. Aber die Seiten sind noch recht gut; die halten vorläufig noch."

"Setz Dich!" sagt man mir. "Wir wollen gleich mal nachsehen."

Das nennt man prompt arbeiten, denke ich. Und was für menschenfreundliche Leute, sich so viel Mühe zu machen um einen Gummischuh!

"Schönen Dank, Freunde! Das gedenke ich Euch, solange ich lebe. Gebt nur rasch her! Ich zieh' ihn sofort an".

"Nein, werter Genosse", sagen jene. "Wir können ihn Dir nicht ausliefern. Wir haben ja keine Gewähr, dass gerade Du ihn verloren hast!"

"Ich sagte ja, dass ich ihn verloren habe."

"Es ist sehr wahrscheinlich, aber wir können ihn trotzdem nicht ausliefern. Du musst eine Bescheinigung bringen, dass Du ihn verloren hast. Sobald

die Hausverwaltung es bestätigt, geben wir ihn ohne weiteres heraus."

"Brüderchen", sage ich, "redliche Genossen, im Hause weiss ja niemand etwas von der Angelegenheit. Am Ende geben sie mir keine Bescheinigung."

"Sie werden sie dir schon geben - dazu sind sie ja da."

Ich warf einen letzten Blick auf den Gummischuh und ging.

Am nächsten Tage suchte ich den Vorsitzenden der Hausverwaltung auf. "Gib mir eine Bescheinigung, sonst ist es um den Gummischuh geschehen."

"Hast Du ihn auch wirklich verloren? Oder flunkerst Du?"

"Bei Gott", sage ich, "ich habe ihn verloren."

"So schreibe ein Gesuch!"

Ich schrieb ein Gesuch. Tags darauf war ich im Besitze einer regelrechten Bescheinigung. Mit dieser Bescheinigung ging ich ins Fundbureau. Ohne viele Umstände wurde mir der Gummischuh ausgeliefert. Mich übermannte vollends die Rührung, als ich ihn am Fusse hatte.

Nur eins war an der Sache verdriesslich: Während der Bemühungen der ganzen Woche hatte ich den andern Gummischuh verloren. Ich hatte ihn eingepackt unter dem Arme getragen und irgendwo liegen gelassen, ohne zu wissen, wo. Das Schlimmste - es war nicht in der Elektrischen geschehen. So war es von vornherein eine aussichtslose Sache. Wo sollte ich ihn suchen?

Immerhin habe ich den wiedergefundenen Gummischuh. Den habe ich auf die Kommode gestellt. Wird mir trübselig zu Mute, so schaue ich den Gummischuh an, und gleich fühle ich mich wieder leicht und frei.

Alle Achtung, wie der Apparat arbeitet!

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg)

---

### Die Elefantenschlächter.\*

---

Von René Gouzy.

René Gouzy, der Begleiter des schweizerischen Piloten Mittelholzer auf seiner aufsehenerregenden Ueberfliegung des schwarzen Erdteils im Wasserflugzeug, ist einer der besten Kenner der afrikanischen Grosswildjagd. Der folgende Aufsatz ist seinem kürzlich erschienenen Buche "Geschichten von Löwen und anderen grossen Herren" mit Erlaubnis des Verlages entnommen.

SPD. Im verflorenen Jahrhundert, als noch keine gesetzlichen Bestimmungen die ungeheuren Elefantenherden Zentralafrikas schützten, wurden unter diesen friedlichen Tieren furchtbare Metzeleien angerichtet. Aber auch heute noch werden sie unbarmherzig gejagt, denn die Regierung stellt nicht wenige Jagdscheine aus, die den Besitzer ermächtigen, einen oder zwei dieser Dickhäuter zu erlegen. Man darf jedoch nicht etwa glauben, dass das Elefantenschlachten lediglich das Werk der Europäer ist und war. Die Eingeborenen haben sich an dieser unheilvollen Tätigkeit in einem viel grösserem Masse beteiligt, als man gewöhnlich anzunehmen geneigt ist, und die Jagdmethoden der Eingeborenen haben sich als weitaus verheerender erwiesen als das noch so vollendete Jagdgewehr des Weissen. Man kann mit Recht behaupten, dass die Elefanten hingeschlachtet wurden. Das gilt besonders vom östlichen Sudan, wo die Schwarzen die sogenannte "Feuerjagd" betrieben. Diese verabscheuungswürdige Art der Jagd ist glücklichweise im Verschwinden begriffen und wird nur noch in einigen entlegenen Landesteilen ausgeübt. Dort gibt es ungeheure mit dichten, übermannshohen Gräsern bewachsene Flächen. Die Gräser erreichen nicht selten eine Höhe von 4 bis 5 Metern und trocknen in der regenlosen Jahreszeit derart aus, dass sie, viele Monate hindurch von den unbarmherzigen Strahlen der afrikanischen Sonne geröstet, wie Zündhölzer brennen und ebenso leicht in Brand geraten. Der rissige, von ungeheuren Schründen gespaltene Boden hat sich seit Wochen trotz der empfindli-

chen Nachtkälte nicht abgekühlt. Es genügt daher ein Funke, um tausende und abertausende Quadratmeter dieser so überaus leicht entzündbaren Vegetation in Brand zu setzen.

Nun ist die Zeit für die "Jagd" gekommen. Aber das Wort "Jagd" ist wenig am Platze für jene abscheuliche Schlächtereier, die dann ins Werk gesetzt wird. Flinke Kundschafter erkunden eine Elefantenherde, die sie aus der Ferne beobachten, und hüten sich wohl, die Tiere scheu zu machen. Diese Erkundung ist nicht so einfach, wie man glauben möchte, und muss oft mehrere Male unternommen werden. Der Elefant legt auf seinen Zügen gewaltige Strecken zurück, aber die weithin sichtbaren Spuren lassen seinen Weg unschwer verfolgen.

Die Jäger kommen aus den entlegensten Dörfern zusammen und bilden in beträchtlicher Entfernung von den Dickhäutern in grösster Stille einen ungeheuren Kreis um die Elefantenherde. Wenn alles zur Stelle ist, wird überall zu gleicher Zeit Feuer angelegt. Im Nu züngeln meterhoch die Flammen empor, und dichter schwarzer Rauch verdunkelt weithin den Horizont. Wir hatten einmal den zweifelhaften Vorzug, dieses Schauspiel aus der Nähe zu beobachten, als wir in der Gegend von Kodok (Faschoda) über die Savannen flogen. Obwohl wir uns in einer Höhe von mehr als tausend Metern befanden, war die Atmosphäre dennoch von einem unerträglich ätzenden Brandgeruch erfüllt. Die ganze Gegend war viele Meilen weit von so dichtem Rauch umhüllt, dass wir eine halbe Stunde lang uns nur nach dem Kompass richten konnten.

Von einem so furchtbaren Feuerring umschlossen laufen die unglückseligen Elefanten wie wahnsinnig in tollem Wirrwarr durcheinander. Nur wenigen gelingt es, um den Preis schwerer Brandwunden die brennende Umzäunung zu durchbrechen. Aber die meisten gehen entsetzlich zugrunde; sie werden buchstäblich geröstet, nachdem sie im Rauch erstickt sind. In aller Ruhe lassen die Eingeborenen das Feuer sein Werk verrichten. Erst einige Tage später kommen sie auf die Brandstätte und sammeln inmitten verbrannten Fleisches und verkohlter Knochen das kostbare Elfenbein ein. Gar so kostbar ist das eingesammelte Elfenbein übrigens nicht, denn ein grosser Teil davon ist durch die Gluthitze derart beschädigt, dass es zu billigstem Preise an gewisse bedenkenlose Händler abgegeben werden muss, die sich diese Art von Ankäufen zur Spezialität gemacht haben. Fünfzehn, zwanzig, manchmal auch dreissig Elefanten gehen auf solche Weise samt ihrer Nachkommenschaft zugrunde. In der Gegend des oberen Nils, nicht weit vom Flusslaufe, gibt es eine ausgedehnte Ebene, die gänzlich von gebleichten Elefantenknochen bedeckt ist.

Diese barbarische Art des Elefantenmordes ist, wie erwähnt, im Verschwinden begriffen. Wohl zündet man auch heute noch das Gras an. Aber die Tiere können rechtzeitig entfliehen, denn weithin dehnt sich vor ihnen die graslose Landschaft, die sie vor dem Flammentode schützt. Doch noch immer kommt es vor, dass irgendein alter und wenig behender Elefant sein Leben bei solchem Wagnis lassen muss. Glücklicherweise eine seltene Ausnahme! Denn die Tiere riechen den Brandgeruch schon aus der Ferne und beeilen sich, in Sicherheit zu kommen. Wie schnell auch immer die Flammen sich verbreiten mögen, sie vermögen dennoch nicht eine galoppierende Antilope einzuholen oder auch nur eine Giraffe, wenn sie sich in Trab setzt!

Manche Stämme jagen den Elefanten - wie übrigens auch den Löwen - noch immer mit der Lanze. Eine andere, weniger würdige Form der Jagd ist die mit Hilfe vergifteter Pfeile. Auch ihr sind so viele Tiere zum Opfer gefallen, dass die Kolonialbehörden mit einem Verbot eingegriffen haben. Aber dieses Verbot hat wenig praktische Bedeutung, denn die Eingeborenen, welche diese Jagdart pflegen, bewohnen derart abgelegene Landstriche, dass eine Ueberwachung vollkommen unmöglich erscheint. Das auf diese Weise gewonnene Elfenbein wird an die "Poachers" verkauft; das sind Schmuggler, die an den Verkäufer keinerlei indiskrete Fragen stellen und für einige Ellen Stoff dreissig bis vierzig Kilogramm Elfenbein eintauschen. Zur Vergiftung ihrer Pfeile bedienen sich die Jäger eines Giftes, das von den nomadisierenden Waldstämmen bereitet wird, und



das sie im Tauschwege einhandeln. Es handelt sich um eine Art von Kurare, das sofortige Muskellähmung herbeiführt.

Während sich die "Feuerjagd" gegen Ende der trockenen Jahreszeit abspielt, begeben sich die Eingeborenen - wir werden gleich sehen, warum - am Anfang der Regenperiode auf die Giftpfeiljagd. Zu dieser Jahreszeit nämlich erträgt der aufgeweichte Boden fast überall noch das Gewicht des Menschen, während sich der ungeheure Dickhäuter nur mühsam und immer wieder einsinkend vorwärtsbewegt. So können die Schwarzen, mit Pfeil und Bogen bewaffnet, leicht auf kurze Entfernungen die Tiere aufspüren. Sie zielen auf den Unterleib oder auf die Kniekehle des Tieres, wo seine Haut nur geringe Dicke hat. Es ist nicht notwendig, dass das Geschoss tief eindringt; eine Ritzwunde tut schon ihre unfehlbare Wirkung. Gewöhnlich vereinen sich die Jäger zu einer kleinen Mannschaft, die dem verwundeten Tiere dicht auf den Fersen bleibt. Hält der Elefant inne, so bleiben auch sie stehen. Bewegt er sich fort, so nehmen auch sie die Verfolgung wieder auf. Das kann drei oder vier Tage dauern, und die Schwarzen müssen sich weit von ihren Dörfern entfernen. Aber für die Eingeborenen Afrikas hat die Zeit fast überhaupt keinen Wert. Das weiss jeder, der in Afrika gewelt hat, zu Genüge.

Endlich bricht der Elefant zusammen. Er ist vollkommen gelähmt. Nun stürzt die ganze Meute auf ihn und macht ihm mit ihren kleinen Wurfspiessen den Garaus. Im Nu ist das ungeheure Tier zerlegt, und die Jäger rüsten sich zum geniesserischen Mahle. Alles, was nicht auf der Stelle verzehrt werden kann, wird in Streifen zerschnitten und fortgeschafft. Für die Hyänen, Schakale und Geier bleibt nicht allzu viel übrig. Und die Ameisen reinigen vollends die Walstatt. So bleiben nur noch die Knochen zurück, die so blank sind, wie sie kein Tierpräparator sauberer zurichten könnte. Mit vollen Bäuchen und triefend vom Fett begeben sich nun die Schwarzen im Gänsemarsch nach Hause und warten auf den nächsten Händler, bei dem sie das erbeutete Elfenbein absetzen können.

(Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Französischen von  
Leo Korten)

---

### Oberammergauer Eindrücke.

---

SPD. Oberammergau, den 10. Mai (Eig. Ber.)

Oberammergau ist eine Sache, von der in diesem Sommer viele Leute reden. Nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland, vor allem in England und Amerika, die regelmässig fast ein Drittel der Besucher des Passionsspieles stellen. Das letzte Mal vor dem Kriege waren es rund hunderttausend Angelsachsen, die über den Kanal und über den Atlantik in das oberbayerische Bergdorf fuhren. Heuer werden noch mehr davon erwartet, und geraden ihnen zuliebe hat sich Oberammergau auf Glanz hergerichtet.

Das Dorf hat eine Vergangenheit bis in die Zeiten der Kelten und Römer, und es hat Tradition. Draussen in der Welt spricht man von ihm, weil es seit 300 Jahren ein religiöses Volksstück, die Passion des Nazareners Jesus, aufführt und dieses Theaterspielen von jeher den ganzen geistlichen und zum Teil auch materiellen Lebensinhalt der Generationen bildet, die in Oberammergau aufgewachsen und dort ansässig geworden sind. Was die Oberammergauer sonst noch treiben? Viele haben eine kleine und kleinste Landwirtschaft, die auf vier oder gar auf zwei Schultern der Familie lastet. Die meisten aber sind Schnitzhandwerker und lassen durch eine besondere Verkaufsorganisation seit langem ihre Erzeugnisse überall in der Welt vertreiben. Was darüber hinaus zur kleinbürgerlichen Lebenshaltung nötig ist, ziehen sie aus dem Fremdenverkehr.

Das Spiel geht auf ein Gelöbnis zurück, das beim grossen Peststerben der

Jahre 1632 und 1633 die Gemeindeältesten vor dem Altar der Dorfkirche abgelegt haben. Die Pest nahm ein Ende, und die erlöste Einwohnerschaft hielt ihr Gelübde in Abständen zunächst und unregelmässig, seit 100 Jahren aber ohne Unterbrechung, nachdem das Zeitalter der Aufklärung den Leuten bohrte einen Streich gespielt hätte. Die Regierung des Herrn Mortrolas liess die Bittsteller immer wieder ab mit den Worten, sie sollten sich den Herrgott vom Pfarrer in der Kirche predigen lassen, anstatt ihn auf ihrem Theater heranzuziehen. Wittelsbacher Einflüsse weiblicher Herkunft milderten aber schliesslich den Machtspruch des französischen Emigranten, und seither sind die Oberammergauer absolut monarchistisch und römisch-kirchlich. Andere politische Bedürfnisse kennen sie nicht.

Der Franzose hatte eigentlich nicht Unrecht. Denn die genaue Nachahmung der feierlichsten Gottesdiensthandlung des katholischen Ritus (Kommunion) auf einer Theaterbühne ist nichts anderes als Profanierung. Anderen Bauerntheatern, die allerdings nicht so zweckgebunden sind, hat die kirchliche Obrigkeit derlei nie durchgehen lassen.

Das Oberammergauer Spiel ist in seinem Wesen ländliches Bauerntheater. Das tritt klar in Erscheinung, wenn man die Aufführung entkleidet von den Kompromissen, die um der Bühnenwirkung willen mit dem ursprünglichen Spiel in seiner modernen Darstellung geschlossen wurden. Wie sich heute die bis ins Kahle modernisierte Bühne in ihrer grauen Betonfarbe darbietet, erscheint sie geeignet für Reinhardt'sche Massenregie. Diese zeitgemässe Sachlichkeit, deren starre Schematisierung den modernen Charakter absichtlich etwas verkleiden will, entdeckt man selbst in der Ausstattung, der szenischen sowohl wie der persönlichen. Der römische Statthalter Pilatus musste z.B. seinen ganzen früheren Militarismus opfern; er spielt seine Rolle jetzt demokratisch und als Zivilist in der Toga.

Es ist nicht nur Geschäftsinteresse, das die Oberammergauer dieses Theater spielen lässt. Gewiss verdienen sie damit einen Gutteil ihres angenehmen geordneten Lebens. Nicht so sehr durch Spielhonorare, die für die 700 Mitwirkenden in grossen Abstufungen ausfallen. Das letzte Mal vor dem Kriege war es nicht ganz eine Million, die nach fünfmonatiger Spielzeit bezahlt werden konnte. Wichtiger ist der Nutzen, der für die gesamte Wirtschaft der Gemeinde abfällt, denn jahrelang vor der eigentlichen Spielzeit gruppiert sich das ganze Leben der Kommune um den Bedarf und das Interesse ihres Theaters. Die Oberammergauer glauben aber auch mit ihrem Spiel eine kirchliche Mission zu erfüllen. Das eine muss man ihnen jedenfalls lassen: sie verstehen es nicht ohne Geschicklichkeit, beides, Mission und Geschäft, so miteinander zu verschmelzen, dass es materielle und geistige Früchte trägt.

F.B.

---

### Berliner Kunstschau.

---

SPD. Die Preussische Akademie der Künste hat ihre Frühjahrsausstellung eröffnet. Die alten, bewährten Namen herrschen vor. Max Liebermann malt noch immer Bildnisse, die natürlich nichts über die Tatsache hinaus aussagen können, dass er, der Senior der Impressionisten, sich künstlerisch überlebt hat. Niemand wird ihm sein biblisches Alter missgönnen - das ändert aber nichts an der Tatsache, dass seine Bildnisse flau und nichtssagend geworden sind. Den "Garter am Wannsee" dagegen kann man noch durchaus ernst nehmen. Mit Bildnissen ist diese Ausstellung überhaupt schlecht versehen. Die älteren, etwa eines Artur Kampf oder Rafael Schuster-Woldan, sind uns widerwärtig durch ihre schmeichlerische Süßlichkeit - das ist das Bürgertum, wie es sich gern selbst sehen möchte. Moderne Künstler dagegen erfassen ihr Modell mit einer erbarmungslosen Schärfe - man braucht nur an Otto Dix zu denken. Sie verfallen, ohne es

zu wollen, ins Karikieren. S. Sebba ist mit dem Bildnis des Schauspielers Kurt Geyron dieser Gefahr noch eben entgangen; es ist aber auch die einzige bemerkenswerte Leistung auf diesem Gebiete.

Wenn wir im übrigen Hans Meid nennen, namentlich mit einer Strasse in Vicenza, Hans Purmann mit schönen Stilleben, Wolf Röhrich mit Landschaften, ferher ein merkwürdig gespenstisches Kriegsbild "Cambrai" von Franz Radziwill, dazu noch zwei Gemälde mit sozialer Tendenz: "Sonntagsprediger" von Jakob Steinhart und "Arbeitsnachweis" von Otto Nagel, - Gegenstände übrigens, die man besser graphisch darstellen als malen sollte - dann wäre über die Zeitgenossen, die sich hier zur Schau stellen, alles Wesentliche gesagt. In der plastischen Abteilung sieht es womöglich noch trostloser aus. Wie man es über sich bringen konnte, einem Fritz Klimsch oder gar einem Ludwig Gauner je einen eigenen Raum für ihre Belanglosigkeiten zur Verfügung zu stellen, bleibt unbegreiflich. Es ist noch ein Glück, dass Ludwig Knaus, der im vergangenen Oktober hundert Jahre alt geworden wäre, eine Gedächtnisausstellung bekommen hat. Seine gemalten Anekdoten aus dem Bauernleben sind, weil sie die Menschen verfälschen, uninteressant geworden. Dagegen findet man unter seinen Bildnissen, die deutlich den Einfluss der französischen Realisten etwa eines Courbet, ver-raten, ausgezeichnete Stücke. Wie schade, dass ein Maler von solchem Können auf die Abwege der Anekdotenmalerei geraten ist! Zu seinen Lebzeiten mag die Akademie immerhin noch etwas bedeutet haben - was sich heute trotz einiger Konzessionen an den Zeitgeschmack wohl kaum mehr behaupten lässt.

Das Beste, was man gegenwärtig in Berlin sieht, sind 100 Aquarelle, die der französische Bildhauer Auguste Rodin gemalt hat: Dinge, die offenbar nur so nebenher entstanden sind, fast wie Abfallprodukte. Hundert unter sich verschiedene Frauenkörper mit solcher Leichtigkeit aufs Papier zu werfen; das ist immerhin eine formale Leistung, über die man in unserer Zeit der künstlerischen Dürre wie vor einem Wunder staunt.

Hermann Hieber.

---

SPD. Ein guter Tip.<sup>x</sup> "Können Sie mir nicht für das nächste Rennen einen guten Tip geben?" fragt ein Rennbahnbesucher einen Jockey. "Oh ja", sagt der und sieht nach dem Himmel, "kaufen Sie sich einen Regenschirm!"

---

SPD. Er hat's nicht nötig.<sup>x</sup> Zu dem russischen Dichter Andrejew sagte eines Tages ein Freund: "Mein Lieber, warum verdienst du eigentlich nicht mehr Geld? Bei deinen Fähigkeiten! Schreib doch mehr und schneller! Du brauchst dich ja nur zu bücken, um das Geld von der Strasse aufzuheben!" "Gewiss", erwiderte Andrejew, "aber ich will mich ja gerade nicht bücken".

---

SPD. Ein wertvolles Kunstwerk.<sup>x</sup> "Was? Fünf Mark bieten Sie für det Bild? Für so een jrosses Kunstwerk? Jemalt von Professor Kalkschmidt selwa? Sehen Sie sich det mal an! Zwerj unta eenem Fliejenpilz heesst det. Und für sowat bieten Sie fünf Mark? Da ist ja der Rahmen allein mehr wert!" "Allein schon, aber nicht mit dem Bilde drin".

---